

KIELER KONJUNKTUR- BERICHTE

Deutsche Wirtschaft im Winter 2021

Abgeschlossen am 15. Dezember 2021

© Birgit Wolfrath – IfW Kiel

Nr. 86 (2021 | Q4)

*Martin Ademmer, Jens Boysen-Hogrefe, Dominik Groll, Nils Jannsen,
Stefan Kooths, Saskia Meuchelböck und Nils Sonnenberg*

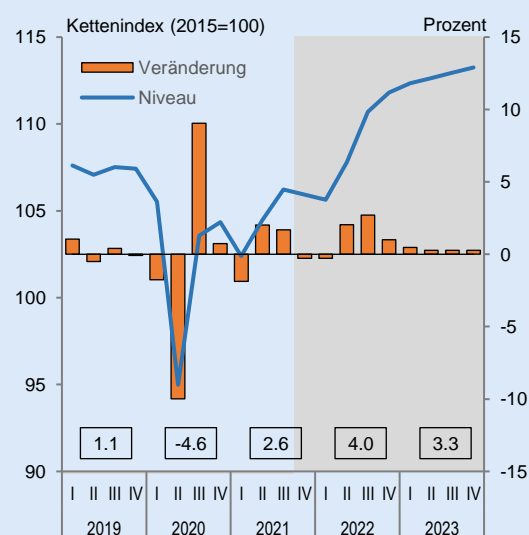
ERHOLUNG VORERST AUSGEBREMST

Martin Ademmer, Jens Boysen-Hogrefe, Dominik Groll, Nils Jannsen, Stefan Kooths, Saskia Meuchelböck und Nils Sonnenberg

Die Erholung der deutschen Wirtschaft wird abermals ausgebremst. Das Infektionsgeschehen im Winterhalbjahr hemmt wie in früheren Wellen besonders die Aktivität in den kontaktintensiven Dienstleistungsbranchen. Im Ergebnis wird es zu einem Rückschlag bei den privaten Konsumausgaben kommen und wohl auch zu geringen Rückgängen beim Bruttoinlandsprodukt. Wenn die Belastungen seitens der Pandemie mit dem Frühjahr nachlassen, wird ähnlich wie im laufenden Jahr eine kräftige Erholung einsetzen. Die wirtschaftliche Aktivität dürfte dann auch deshalb besonders viel Schwung entfalten, weil die Lieferengpässe, die die Industrieproduktion derzeit massiv belasten, voraussichtlich nachlassen. Insgesamt wird die durch die Pandemie verursachte Delle im Erholungsprozess wohl größer ausfallen als wir in unserer Herbstprognose unterstellt hatten. Der Rückschlag wird aber bei Weitem nicht so gravierend sein, wie im vergangenen Winterhalbjahr. Im kommenden Jahr wird das Bruttoinlandsprodukt demzufolge mit 4 Prozent nicht so kräftig zulegen wie vor drei Monaten erwartet (5,1 Prozent), dafür aber im Jahr 2023 mit 3,3 Prozent deutlich stärker (Herbstprognose: 2,3 Prozent). Für das laufende Jahr zeichnet sich ein Anstieg von 2,6 Prozent ab. Die Inflation wird vorerst hoch bleiben, auch weil die Lieferengpässe weiterhin die Herstellungskosten erhöhen und das Konsumgüterangebot verknappen. Gleichzeitig haben die privaten Haushalte seit dem Beginn der Pandemie zusätzliche Ersparnisse in Höhe von rund 200 Mrd. Euro angehäuft und besitzen deshalb eine recht hohe Zahlungsbereitschaft. Der Verbraucherpreisanstieg wird sowohl im laufenden als auch im kommenden Jahr wohl bei rund 3 Prozent liegen, bevor er sich im Jahr 2023 wieder verringert. Das Defizit der öffentlichen Haushalte wird im kommenden Jahr aufgrund der nachlassenden Belastungen durch die Pandemie spürbar von 3,8 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr auf 1,8 Prozent sinken. Voraussichtlich werden die Haushalte jedoch auch das Jahr 2023 mit 1,4 Prozent noch deutlich im Defizit abschließen.

Gegenüber der Herbstprognose hat sich das Konjunkturbild eines schwachen Winterhalbjahres mit anschließend kräftiger Belebung noch stärker akzentuiert. Nachdem die wirtschaftliche Aktivität im zurückliegenden Sommerhalbjahr recht kräftig anzog, dürfte sie im Schlussquartal und im ersten Quartal des kommenden Jahres leicht zurückgehen (Abbildung 1). Ab dem Frühjahr sollte dann der Erholungsprozess wieder Tritt fassen. Das Muster einer im Winterhalbjahr schwächeren Entwicklung war zwar auch schon in unserer Herbstprognose angelegt, in der wir für die kalte Jahreszeit abermals vermehrte Einschränkungen für die kontaktintensiven Dienstleistungsbereiche mit Blick auf den Infektionsschutz unterstellt hatten. Angesichts eines sich nunmehr als ungünstiger abzeichnenden Pandemiegeschehens dürften die Belastungen jedoch stärker wiegen. Hierzu zählen sowohl behördliche Maßnahmen (z. B. regionale Geschäftsschließungen bzw. restriktivere Zugangsmöglich-

Abbildung 1:
Bruttoinlandsprodukt



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des Ifw Kiel.

Kasten 1: Zur Umsetzung des Koalitionsvertrags in der Prognose der öffentlichen Haushalte

keiten) als auch private Verhaltensanpassungen. Gleichwohl reicht der Effekt dieser Restriktionen bei weitem nicht an die dämpfende Wirkung im Winter 2020/2021 heran. Maßgeblich hierfür ist, dass infolge des Impffortschritts geringere Einschränkungen für die Gesamtbevölkerung gelten. Insgesamt bleiben die ökonomischen Folgen der Pandemie zwar weiterhin empfindlich, aber sie nehmen von Welle zu Welle ab. Für diese Prognose ist unverändert unterstellt, dass die Pandemie ab dem Frühjahr medizinisch so weit bewältigt sein wird (z. B. durch Impfungen oder Medikamente), dass sie das Gesundheitssystem nicht mehr zu überfordern droht und daher ökonomische Aktivität für den Infektionsschutz nicht nennenswert eingeschränkt werden muss. Neben der Pandemie prägen die Lieferengpässe zunächst weiter den Konjunkturverlauf. Hierbei halten wir an der bisherigen Setzung fest, dass sich die daraus ergebenden Hemmnisse für die industrielle Aktivität erst im Verlauf des Jahres 2022 nach und nach auflösen. Die jüngsten Umfragen unter Unternehmen stützen diese Einschätzung. Zwar dürfte die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe im Winterhalbjahr erstmals nach drei rückläufigen Quartalen wieder aufwärts gerichtet sein, jedoch bleibt die Dynamik angesichts der Auftragslage deutlich hinter dem Ausmaß zurück, das ohne Lieferengpässe zu erwarten wäre.

Das Bruttoinlandsprodukt steigt in den Jahren 2022 und 2023 um 4,0 Prozent bzw. 3,3 Prozent, nach 2,6+0,5 Prozent im Jahr 2021.

Der im Winterhalbjahr unterbrochene Erholungsprozess schlägt sich im Wesentlichen in den Zuwachsraten der beiden folgenden Jahre nieder. So fällt der Anstieg der Wirtschaftsleistung im kommenden Jahr um 1,1 Prozentpunkte geringer aus, während der Zuwachs im Jahr 2023 um 1 Prozentpunkt höher sein dürfte. Das Vorkrisenniveau des Bruttoinlandsproduktes wird nunmehr erst im zweiten Quartal des kommenden Jahres erreicht und damit drei Monate später als bislang prognostiziert. Die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten werden voraussichtlich erst im dritten Quartal wieder normal ausgelastet sein. Verwendungsseitig macht sich die Prognoserevision in erster Linie beim privaten Konsum bemerkbar, der infolge der Kontaktbeschränkungen im

Winterhalbjahr deutlich nachgibt und das Vorkrisenniveau erst im dritten Quartal des kommenden Jahres überschreitet. Die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts für das ablaufende Jahr wird durch den Rückgang der Wirtschaftsleistung im Schlussquartal kaum belastet. Wir weisen sie in dieser Prognose wieder ohne den Effekt aus, der sich aus den gegen Jahresende fälligen Lizenzannahmen des Impfstoffentwicklers BioNTech von seinem US-amerikanischen Produktionspartner Pfizer ergeben wird. Diese dürften das Bruttoinlandsprodukt um fast 0,5 Prozent erhöhen. Wir gehen davon aus, dass dieser Teil der Wirtschaftsleistung entstehungs- wie verwendungsseitig quartalsweise verbucht wird (als Wertschöpfung bei den Unternehmensdienstleistern und als Dienstleistungsexport), so dass es dadurch zu amtlichen Revisionen in den Vorquartalen kommt, die wir aber in unseren Prognosen nicht vorwegnehmen. Auch im folgenden Jahr könnten sich aus dieser Geschäftsbeziehung noch Änderungen im Niveau der hier prognostizierten Wirtschaftsleistung ergeben. Insgesamt hat sich das Konjunkturmuster nicht grundsätzlich geändert, sondern auf der Zeitachse ein weiteres Mal verschoben. So sind die Auftriebskräfte weiterhin selbsttragend. Ursächlich für die Verzögerung im Aufholprozess sind mit den Infektionsschutzmaßnahmen und den Lieferengpässen exogene Beeinträchtigungen der ökonomischen Aktivität. Die Wirtschaftsleistung wird daher vor allem in dem Maße expandieren, wie sich diese Bremsen lösen.

Die Erholung am Arbeitsmarkt wird kurzfristig unterbrochen. Die rückläufige gesamtwirtschaftliche Aktivität im Winterhalbjahr hinterlässt auch Spuren am Arbeitsmarkt. Das zuletzt kräftig expandierende Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen erleidet einen Rückschlag, was im Wesentlichen durch Kurzarbeit abgefangen werden dürfte. Aber auch der Beschäftigungsaufbau verlangsamt sich zwischenzeitlich. In die ab dem Frühjahr wieder einsetzende Belebung fällt die unterstellte Anhebung des Mindestlohnes auf 12 Euro zum 1. Juli 2022, wodurch die effektiven Stundenlöhne sichtbar steigen dürften. Dies geht jedoch mit Beschäftigungsverlusten einher, die die Erholung am Arbeitsmarkt dämpfen.

Der Inflationsdruck baut sich nur nach und nach ab. Mit Raten von derzeit über 5 Prozent dürfte zunächst der Höhepunkt der Teuerung erreicht sein. Im kommenden Jahr fallen Sonderfaktoren weg und laufen Basiseffekte aus, so dass die Preisveränderungsraten im Vorjahresvergleich sinken. Dies geschieht aber nur nach und nach, weil sich während der Pandemie ein inflationäres Umfeld aufgebaut hat, das sich nicht über Nacht auflöst. So dürften die hohen Rohstoff- und Vorleistungspreisanstiege

erst nach und nach auf der Verbraucherstufe ankommen. Zugleich hat sich bei den privaten Haushalten in erheblichem Umfang Kaufkraft aufgestaut, die zunächst weiterhin auf ein reduziertes Güterangebot trifft. Im Jahresdurchschnitt wird die Inflationsrate im kommenden Jahr mit 3,1 Prozent voraussichtlich so hoch sein wie im ablaufenden Jahr (Tabelle 1). Erst im Jahr 2023 werden sich die Raten dann wohl wieder in der Nähe von 2 Prozent bewegen.

Tabelle 1:
Eckdatentabelle zur wirtschaftlichen Entwicklung

	2020	2021	2022	2023
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	-4.6	2.6	4.0	3.3
Bruttoinlandsprodukt, Deflator	1.6	2.8	1.8	1.7
Verbraucherpreise	0.5	3.1	3.1	2.0
Arbeitsproduktivität (Stundenkonzept)	0.4	0.6	2.4	2.6
Erwerbstätige im Inland (1000 Personen)	44,898	44,878	45,264	45,499
Arbeitslosenquote (Prozent)	5.9	5.7	5.2	5.0
<i>In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt</i>				
Finanzierungssaldo des Staates	-4.3	-3.8	-1.8	-1.4
Schuldenstand	69.1	69.3	66.7	64.3
Leistungsbilanz	7.1	6.7	5.8	5.5
Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Arbeitsproduktivität: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.				
<i>Quelle:</i> Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2; Deutsche Bundesbank, Monatsbericht; Bundesagentur für Arbeit, Monatsbericht; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.				

Monetäre Rahmenbedingungen

Die Geldpolitik im Euroraum bleibt expansiv ausgerichtet. Die Leitzinsen verbleiben auf ihren niedrigen Niveaus (Einlagesatz: -0,5 Prozent, Hauptrefinanzierungssatz: 0 Prozent, Spitzenrefinanzierungssatz: 0,25 Prozent). Die Inflationserwartungen gemessen anhand von Inflation-Swaps konvergieren nun über alle Laufzeiten zu der 2-Prozent-Marke und liegen für die kurze Frist (1 & 2 Jahre) darüber. Die Inflationserwartungen stehen im Einklang mit der im Juni angepassten geldpolitischen Strategie von einer symmetrischen Auslegung des Inflationsziels. Für sich genommen ergibt sich daraus kein geldpolitischer Handlungsbedarf. Am 16. Dezember tagt der EZB-Rat in Frankfurt und wird den weiteren Verlauf der Geldpolitik erläutern. Wir gehen davon aus, dass nochmals auf das Auslaufen des pandemischen Ankaufprogrammes (PEPP) im März nächsten Jahres verwiesen wird, wobei durch die neue Virusvariante Omikron das Programm auch in einen

Standby-Modus wechseln könnte. Die Nettoankäufe im Rahmen des PEPP liegen derzeit bei 60 Mrd. Euro pro Monat und damit etwas unterhalb des vorangegangenen Halbjahrs, in dem das monatliche Ankaufvolumen 70 Mrd. Euro betrug. Der aktuelle Gesamtbestand beläuft sich auf 1527 Mrd. Euro. Bei dem aktuellen Rhythmus erreicht man das anvisierte Volumen von 1850 Mrd. Euro Ende März mit dann 1787 Mrd. Euro nicht. Die Nettokäufe für das reguläre Ankaufprogramm (APP) liegen bei 20 Mrd. Euro pro Monat und der Bestand beläuft sich auf 3091 Mrd. Euro. Insgesamt gehen wir davon aus, dass zunächst die monatlichen Nettokäufe im APP auf 40 Mrd. Euro verdoppelt werden. Dies würde mit dem Auslaufen des PEPP einer Halbierung der gesamten Nettokäufe entsprechen und danach gehen wir von einer weiteren Reduzierung der Käufe aus. Die Reinvestitionen aus dem PEPP und dem APP sind nicht unerheblich. Diese dürften für Staatsanleihen bei rund 30 Mrd. Euro pro Monat liegen und im gesamten Prognosezeitraum fortgesetzt werden.

Die gezielten langfristigen Refinanzierungsgeschäfte (TLTRO) werden voraussichtlich verlängert. Auf Seiten der Bankenrefinanzierung steht derzeit noch ein Termin am 22.12.2021 (TLTRO-III.10) aus. Die Banken im Euroraum haben das TLTRO-III Programm derzeit im Umfang von 2209 Mrd. Euro genutzt. Das Programm macht 99 Prozent aller Refinanzierungsgeschäfte des Eurosystem aus. Es verbleibt ein Spielraum von 1100 Mrd. Euro, aber es zeichnete sich bereits in der Vergabe der letzten Tender eine nachlassende Nachfrage ab. Am 22.12.2021 werden 60 Mrd. Euro von den Banken freiwillig vorzeitig zurückgezahlt. Perspektivisch ist damit zu rechnen, dass nach dem Auslaufen des TLTRO-III Programmes ein neues Programm aufgesetzt wird, wenn auch nicht zu den aktuellen attraktiven Konditionen von -0,5 Prozent bzw. -1 Prozent bei Erreichung der Kreditvergabeziele. Der erste Termin zur Rückzahlung ist erst Ende September 2022, weshalb keine schnelle Entscheidung drängt. Die EZB wird aber darauf achten, dass die Refinanzierungskosten der Banken nicht allzu stark steigen.

Die Finanzierungsbedingungen bleiben günstig. Trotz aller pandemiebedingten Risiken blieben die Darlehenszinsen für Neukredite zuletzt sehr niedrig. Bei Laufzeiten zwischen einem und fünf Jahren fielen im Oktober 1,4 Prozent für größere und 2,4 Prozent für kleinere Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen an, während Wohnungsbaukredite mit 1,3 Prozent verzinst wurden. Die Finanzierungskosten über die Kapitalmärkte sind weiterhin auf historisch niedrigem Niveau: die Renditen von Unternehmensanleihen mit einer mittleren Laufzeit von über drei Jahren lagen im November bei 1 Prozent und somit 0,3 Prozentpunkte höher als der historische Tiefstand von 0,7 Prozent im August. Der Zinsabstand gegenüber Bundesanleihen mit ähnlicher Laufzeit betrug zuletzt 1,3 Prozentpunkte. Die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen, die häufig als Indikator für das Zinsniveau ohne individuelle Risikoaufschläge herangezogen wird, betrug zuletzt -0,4 Prozent. Vor einem Jahr lag sie noch bei -0,6 Prozent. Bis zum Ende des Prognosezeitraums dürfte sie auf -0,1 Prozent steigen.

Auch die Vermögenspreise sprechen für weiterhin günstige Finanzierungsbedingun-

gen. Die Notierungen an den Aktienmärkten stehen nah an den Höchstständen. Der Deutsche Aktienindex (DAX) steht zurzeit 19 Prozent über dem Vorjahreswert und 85 Prozent über dem Tiefstand des Einbruchs im März 2020. In den Vereinigten Staaten konnte der S&P 500 im Vorjahresvergleich sogar 28 Prozent Kurssteigerungen verzeichnen und steht derzeit 95 Prozent über dem Tiefstand des Einbruchs im März 2020. Die Preise für Wohnimmobilien in Deutschland lagen laut vorläufigen Daten von Destatis im 2. Quartal 10,9 Prozent über dem Vorjahresquartal. In den vier Quartalen zuvor lag die Vorjahresrate bei durchschnittlich 8,1 Prozent. Seitdem die Wohnimmobilienpreise 2010 ihren Aufwärtstrend begannen, sind sie um 77 Prozent gestiegen.

Die Kreditexpansion setzt sich unvermindert fort. Das Volumen der Kredite an den nichtfinanziellen privaten Sektor lag im Oktober 4,6 Prozent über dem Wert von vor einem Jahr. Eine starke Dynamik war weiterhin bei den Wohnungsbaukrediten zu beobachten, die einen Zuwachs von nunmehr 7,2 Prozent aufwiesen. Die Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen lagen mit 3,1 Prozent ebenfalls weiter deutlich über dem Wert des Vorjahresmonats. Nach wie vor schwach entwickelten sich die Konsumentenkredite und sonstigen Kredite an private Haushalte, die um 0,6 Prozent gefallen sind. Der Trend bei den nichtfinanziellen Unternehmen zur zunehmenden Finanzierung über die Kapitalmärkte hält an. Seit Beginn der Pandemie im März 2020 liegt der durchschnittliche Anstieg der Neuemission von Anleihen bei 12 Prozent, während der Anstieg der Neukredite bei 4 Prozent liegt. Im September liegt die Vorjahresrate bei Anleihen bei 7,3 Prozent und bei Krediten bei 2,3 Prozent. Das Volumen der Bankkredite an die nichtfinanziellen Unternehmen ist aber noch fast zweieinhalbmal so hoch wie das der Anleihen.

Außenhandel

Mit dem Nachlassen der Engpässe bei Vorleistungsgütern steigen die Exporte zunächst kräftig. Im dritten Quartal hat die Erholung der Exporte einen Rücksetzer erlitten, nachdem sie bereits seit Jahresbeginn an Dynamik eingebüßt hatte. Maßgeblich hierfür war, dass deutlich weniger Investitionsgüter,

insbesondere Kraftwagen und Kraftwagenteile, ins Ausland geliefert wurden. Die Produktion in der Automobilbranche wird Umfragen zufolge besonders stark durch Lieferprobleme bei Vorleistungsgütern behindert. Die kräftige Expansion der Dienstleistungsexporte, zu der nicht zuletzt die Lockerung pandemiebedingter Restriktionen im Reiseverkehr beitrug, verhinderte einen stärkeren Rückgang der Exporte insgesamt. Im laufenden Quartal sind die angebotsseitigen Engpässe wohl ein belastender Faktor geblieben. Zwar waren die Lieferungen an das Ausland gemäß der preisbereinigten Monatsdaten im Spezialhandel im Oktober wieder aufwärtsgerichtet. Allerdings sind die Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe im Vergleich zum Sommerquartal merklich zurückgegangen und der Anteil der Unternehmen, die Materialengpässe beklagen, ist weiter gestiegen. Auch die Dienstleistungsexporte dürften im Schlussquartal keine erneute Stütze gewesen sein. Die Erholung der Exporte ist daher wohl verhalten geblieben. Im kommenden Jahr dürften die produktionsbehindernden Engpässe allmählich abklingen und der Auftragsbestand aus dem Ausland, der trotz eines deutlichen Rückgangs der Auftragseingänge im Oktober nach wie vor hoch ist, allmählich abgearbeitet werden. Auch das Neugeschäft dürfte der Exportnachfrage Schwung verleihen, denn die wirtschaftliche Aktivität in den Exportmärkten wird im Jahr 2022 kräftig steigen, bevor sich die Dynamik im Jahr 2023 verlangsamt (Gern et al. 2021). Die Dienstleistungsexporte werden ab dem Frühjahr, wenn unseren Annahmen zufolge die Pandemie zurückgedrängt wird, kräftig zulegen. Alles in allem rechnen wir mit einem Anstieg der Exporte von 7,5 Prozent im laufenden Jahr, gefolgt von 6,0 bzw. 5,6 Prozent in den Jahren 2022 und 2023.

Die Erholung der Importe nimmt im kommenden Jahr Fahrt auf. Im dritten Quartal gingen die Importe leicht zurück. Während deutlich weniger Waren als noch im Frühjahr aus dem Ausland bezogen wurden, stiegen die Importe von Dienstleistungen aufgrund der Wiederbelebung des Reiseverkehrs infolge der Lockerungen pandemiebedingter Restriktionen sehr kräftig an; sie lagen allerdings immer noch rund 10 Prozent unter ihrem Niveau im Jahr 2019. Auch im laufenden Quartal sind die Importe wohl nur

verhalten gestiegen. Auch wenn die preisbereinigten Importe in Abgrenzung des Spezialhandels im Oktober für einen deutlichen Anstieg der Warenimporte im Schlussquartal sprechen, werden sie ihren kräftigen Rückgang vom Sommerquartal wohl nur zum Teil wettgemacht haben. So deutet der Kiel Trade Indicator auf Basis von Schifffahrtsdaten auf eine verhaltene Dynamik der Importe zum Jahresende hin. Gleichzeitig dürfte die Erholung des Reiseverkehrs angesichts der erhöhten Unsicherheit und strikteren Reisebestimmungen seit Ende November aufgrund der neuen Virusvariante Omikron vorübergehend unterbrochen werden. Sofern die Pandemie ab dem Frühjahr überwunden wird, werden die Importe zunächst kräftig steigen. Nach diesem Erholungsprozess expandieren die Importe dann voraussichtlich wieder mit mäßigeren Raten. Im laufenden Jahr werden sie insgesamt wohl um 7,8 Prozent zulegen. Für die Jahre 2022 und 2023 rechnen wir mit einem Anstieg von 6,3 bzw. 6,0 Prozent.

Der Preisauftrieb im Außenhandel verstärkt sich zeitweilig weiter. Die Importpreise erhöhen sich bereits seit einem Jahr aufgrund der steigenden Preise für Rohstoffe und Vorleistungsgüter merklich. Die Teuerung zeigt sich seit Jahresbeginn auch bei den Exporten deutlich, wenngleich in geringerem Maße. Im dritten Quartal setzte sich diese Entwicklung fort. Die Preisdynamik bei den Exporten nahm zu, reicht aber immer noch nicht an die bei den Importen heran, sodass sich die Terms of Trade weiter verschlechterten, wenn auch etwas weniger stark als im Vorquartal. Im laufenden Quartal hat sich die hohe Dynamik gemäß der monatlichen Preise im Außenhandel wohl fortgesetzt und die Terms of Trade dürften sich weiter verschlechtert haben. Für den weiteren Verlauf rechnen wir gegeben unserer Wechselkurs- und Rohstoffpreisannahmen mit einem allmählich abnehmenden Preisdruck. Die Terms of Trade dürften sich zunächst weiter verschlechtern. Insgesamt dürften sie im laufenden Jahr um 2,1 Prozent zurückgehen; im kommenden Jahr ergibt sich ein Rückgang von 2,4 Prozent. Im Jahr 2023 dürften sie in etwa unverändert bleiben.

Entstehung

Die weltweiten Lieferengpässe belasten die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe weiterhin massiv. Im dritten Quartal haben die Belastungen ausweislich von Unternehmensbefragungen noch einmal zugenommen. Die Bruttowertschöpfung ging trotz der guten Auftragslage um 2,2 Prozent zurück. Seit dem Beginn der Pandemie haben sich die Auftragseingänge deutlich besser entwickelt als die Industrieproduktion. Zuletzt hat die Diskrepanz zwischen ihnen aber wieder deutlich abgenommen, freilich vor allem, weil die Auftragseingänge kräftig zurückgegangen sind. Im Oktober lagen sie rund 9 Prozent unterhalb ihres Niveaus vom dritten Quartal und damit nur noch wenig oberhalb ihres Vorkrisenniveaus. Kurzfristig haben sich dadurch die Aussichten für die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe jedoch kaum eingetrübt. So liegt die Industrieproduktion mit fast 10 Prozent immer noch deutlich unter dem Niveau, das angesichts des aktuellen Niveaus der Auftragseingänge zu erwarten wäre.¹ Zudem hat sich in den vergangenen Monaten angesichts der begrenzten Produktionsmöglichkeiten ein ausgesprochen hoher Auftragsbestand aufgetürmt. Grundsätzlich kann sich die Diskrepanz zwischen Produktion und Auftragseingängen auch über einen weiteren Rückgang der Auftragseingänge abbauen. So könnte das Niveau der Auftragseingänge nur vorübergehend erhöht sein, sofern es aufgrund der Knappheiten zu Mehrfachbestellungen gekommen ist oder Aufträge, die während der akuten Phasen der Pandemie zurückgestellt worden waren, zwischenzeitlich nachgeholt worden sind. Allerdings war der Auftragseingang in Anbetracht der weltweiten wirtschaftlichen Entwicklung zuletzt nicht auffällig hoch und dürfte daher bei aufwärtsgerichteter Weltkonjunktur im Prognosezeitraum eher wieder zunehmen. Sofern die jüngsten Bestellrückgänge auf die zuletzt sehr hohen Lieferzeiten zurückzuführen sind, dürften diese Aufträge zu großen Teilen wieder erteilt werden, sobald sich die Lieferengpässe lösen

und die Lieferzeiten wieder zuverlässig disponiert werden können.

Mit dem Nachlassen der Lieferengpässe wird die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe deutlich anziehen. Derzeit ist noch schwer absehbar, ab wann und in welchem zeitlichen Horizont sich die Lieferengpässe spürbar zurückbilden werden, da ihnen mehrere Ursachen zugrunde liegen und es nicht zuletzt aufgrund des Pandemiegeschehens auch immer wieder zu Rückschlägen kommen kann.² Unternehmensbefragungen und tagesaktuelle Daten zum internationalen Schifffahrtsverkehr deuten darauf hin, dass die Engpässe bis zuletzt kaum nachgelassen haben.³ Für diese Prognose ist unterstellt, dass sich die Lieferengpässe ab dem Beginn des kommenden Jahrs nach und nach lösen. Dieser Prozess wird jedoch einige Zeit in Anspruch nehmen, so dass die Engpässe die Produktion annahmegemäß erst gegen Ende des kommenden Jahres nicht mehr spürbar behindern. Die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe wird dann im gesamten kommenden Jahr lebhaft steigen. Angesichts des großen Aufholpotenzials und des sehr hohen Auftragsbestands dürften die Unternehmen ihren Auslastungsgrad deutlich hochfahren. Derzeit ist die Kapazitätsauslastung Umfragen zufolge zwar scheinbar bereits überdurchschnittlich hoch; demzufolge wäre der Spielraum für Produktionsausweitungen begrenzt. Allerdings dürften die Umfragen mit Blick auf den historischen Zusammenhang zwischen Produktionsniveau und Auslastung derzeit eher die Auslastung gegeben der Lieferengpässe widerspiegeln, so dass der tatsächliche Spielraum für Produktionsausweitungen wohl bei mehr als 10 Prozent liegt. Jedoch wird selbst die kräftige Produktionserhöhung im kommenden Jahr nicht ausreichen, um die zwischenzeitlich aufgebauten Auftragsbestände rasch abzuarbeiten. Einer deutlichen Ausweitung der Kapazitäten dürfte entgegenstehen, dass bereits derzeit ungewöhnlich viele Unternehmen von Schwierigkeiten berichten,

¹ Zur Schätzung der Diskrepanz zwischen tatsächlicher Produktion und der angesichts der Auftragseingänge zu erwartenden Produktion, siehe Beckmann und Janssen (2021).

² Zu den Ursachen der Lieferengpässe, siehe Beckmann et al. (2021).

³ Vgl. Kiel Trade Indicator 11/21: <https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/medieninformationen/2021/kiel-trade-indicator-1121-fragiler-aufwaertstrend-im-weltweiten-handel/>.

Fachpersonal zu akquirieren. Zudem werden die Unternehmen wohl nicht ihre Kapazitäten dauerhaft massiv aufstocken, um den temporär erhöhten Auftragsbestand abzarbeiten. Vor diesem Hintergrund rechnen wir damit, dass die zusätzlichen Auftragsbestände wohl auch noch bis in das Jahr 2023 hinein abgearbeitet werden.

Die wirtschaftliche Aktivität der konsumnahen Dienstleister erleidet einen erneuten Rücksetzer. Mit dem Abflauen der Pandemie setzte im Sommerhalbjahr bei den konsumnahen Dienstleistern eine Erholung ein. Diese war im zweiten Quartal noch verhalten. Im dritten Quartal wurde die Wertschöpfung bei den konsumnahen Dienstleistern schließlich sehr kräftig ausgeweitet und näherte sich ihren Vorkrisenniveaus wieder merklich an. So stieg die Wertschöpfung im Gastgewerbe um rund 95 Prozent gegenüber dem Vorquartal und bei den Sonstigen Dienstleistern, zu denen auch Unternehmen der Kunst-, Unterhaltungs- und Sportbranche gehören, um rund 14 Prozent. Im Winterhalbjahr wird der Wiederanstieg der Infektionszahlen die wirtschaftliche Aktivität in diesen Bereichen voraussichtlich abermals spürbar beeinträchtigen, wengleich der Einbruch wohl weniger drastisch ausfallen wird als im Winter des vergangenen Jahres. Nach diesem erneuten Rücksetzer dürfte im Verlauf des kommenden Jahres die Wertschöpfung der konsumnahen Dienstleister sehr kräftig expandieren. Wir erwarten, dass der Bereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe voraussichtlich im Herbst 2022 zumindest wieder das Wertschöpfungsniveau von vor der Krise erreichen wird, die Sonstigen Dienstleistern voraussichtlich gegen Anfang 2023.

Heimische Absorption

Die heimische Absorption wird durch die vierte Corona-Welle weniger stark belastet als durch frühere Wellen. Im dritten Quartal setzte sich die Erholung bei der heimischen Absorption in hohem Tempo fort. Im dritten Quartal legten insbesondere die privaten Konsumausgaben angesichts der deutlich geringeren Belastungen durch die Pandemie noch einmal kräftig zu. Die Ausrüstungs- und Bauinvestitionen gingen dagegen deutlich zurück, nicht zuletzt, weil hier die Liefer- und Materialengpässe

negativ zu Buche schlugen. Auch die öffentlichen Konsumausgaben sanken kräftig. Aufgrund der vierten Welle der Pandemie wird es im Winterhalbjahr abermals zu einem Rückschlag beim privaten Konsum kommen, der wohl stärker ausfällt als wir es in unserer Herbstprognose unterstellt hatten. Allerdings rechnen wir nach wie vor damit, dass die Auswirkungen deutlich geringer sein werden als im vergangenen Winterhalbjahr. So betreffen die öffentlichen Maßnahmen zum Infektionsschutz nunmehr nur einen Teil der Konsumenten. Zudem dürften die dämpfenden Effekte durch private Vorsorgemaßnahmen angesichts des Impfschutzes und der wieder an Fahrt aufnehmenden Impfkampagne geringer ausfallen als in den vorherigen Pandemiewellen. Für unsere Prognose nehmen wir an, dass die Belastungen durch die vierte Welle mit dem Frühjahr spürbar abnehmen und es somit im Sommerhalbjahr 2022 erneut zu einer kräftigen Erholung beim privaten Konsum kommen wird. Die Ausrüstungs- und Bauinvestitionen dürften bereits etwas früher anziehen, sofern sich die Lieferengpässe – wie von uns für diese Prognose unterstellt – ab Beginn des kommenden Jahres nach und nach lösen.

Die privaten Konsumausgaben haben sich ihrem Vorkrisenniveau wieder deutlich angenähert. Im dritten Quartal legten der Konsum der privaten Haushalte um 6,2 Prozent zu – nach einem Anstieg von 3,8 Prozent im zweiten Quartal – und lag damit noch rund 2 Prozent unterhalb seines Vorkrisenniveaus; die real verfügbaren Einkommen befanden sich dabei zuletzt in etwa auf ihrem Vorkrisenniveau. Die Erholung im Sommerhalbjahr zeigte sich vor allem in den durch die Pandemie besonders betroffenen Verwendungszwecken wie „Bekleidung und Schuhe“, „Verkehr, Nachrichtenübermittlung“, „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ sowie „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen“. Insbesondere in Kategorien, in denen kontaktintensive Dienstleistungen einen großen Anteil ausmachen lagen die Konsumausgaben noch 5 Prozent („Freizeit, Unterhaltung und Kultur“) bis 10 Prozent („Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen“) unter ihrem Vorkrisenniveau. In der Kategorie „Verkehr, Nachrichtenübermittlung“ dürften die aufgrund der Lieferengpässe geringen Kfz-Käufe

wesentlich dazu beitragen, dass das Niveau von Ende 2019 im dritten Quartal noch um 8 Prozent verfehlt wurde.

Die real verfügbaren Einkommen ziehen trotz der hohen Inflation wieder an. Nachdem die real verfügbaren Einkommen im Jahr 2020 stagnierten, dürften sie im laufenden Jahr um knapp 1 Prozent zurückgegangen sein. Zwar legten die nominal verfügbaren Einkommen mit reichlich 2 Prozent wieder etwas stärker zu – nach dem verhaltenen Anstieg von 0,8 Prozent im Jahr 2020 – vor allem weil die Lohnsumme im Zuge des Abbaus der Kurzarbeit wieder kräftig stieg und sich die Unternehmens- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte nach den krisenbedingten Einbußen im Jahr 2020 wieder stabilisierten. Allerdings minderte der sprunghafte Anstieg der Teuerung von 0,6 Prozent im Jahr 2020 auf 3 Prozent im laufenden Jahr die Kaufkraft der verfügbaren Einkommen. In den kommenden beiden Jahren dürften die real verfügbaren Einkommen wieder zulegen. So führt die weitere Erholung am Arbeitsmarkt zu einer kräftig steigenden Lohnsumme. Auch die Unternehmens- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte werden mit der wirtschaftlichen Erholung spürbar anziehen. Die monetären Sozialleistungen werden im kommenden Jahr zwar nur verhalten zulegen – weil die geringe Rentenerhöhung zum 1. Juli 2021 noch nachwirkt und die Kurzarbeit deutlich zurückgeht –, aber im Jahr 2023 aufgrund eines spürbaren Rentenanstiegs wieder rascher steigen. Trotz der hohen Anstiege der nominal verfügbaren Einkommen von 4,0 Prozent (2022) und 3,5 Prozent (2023), dürften die real verfügbaren Einkommen angesichts der wohl weiterhin hohen Inflation jedoch nur um 1,4 Prozent (2022) bzw. 1,7 Prozent zulegen.

Nur ein geringer Teil der in der Krise ausgefallenen Konsumausgaben dürfte nachgeholt werden. Angesichts der eingeschränkten Konsummöglichkeiten seit dem Beginn der Pandemie ist die Sparquote der privaten Haushalte

massiv auf in der Spitze rund 20 Prozent gestiegen. Mit dem Abflauen der Pandemie hat sich die saisonbereinigte Sparquote im dritten Quartal mit rund 12 Prozent ihrem Vorkrisenniveau von knapp 11 Prozent wieder deutlich angenähert. Seit dem Beginn der Pandemie haben die privaten Haushalte eine zusätzliche Ersparnis von rund 200 Mrd. Euro bzw. rund 11 Prozent in Relation zu den Konsumausgaben (in diesem Jahr) aufgebaut. Wie die privaten Haushalte diese zusätzliche Ersparnis verwenden ist offen. Umfragen deuten darauf hin, dass die Haushalte planen, einen Teil dieser Ersparnis für Konsumzwecke aufzuwenden. Allerdings ist ein größerer Teil davon von Haushalten gebildet worden, die ohnehin eine hohe Sparneigung aufweisen (Deutsche Bundesbank 2021). Zudem hat sich ein großer Teil der Konsumrückhaltung bei Dienstleistungen bemerkbar gemacht, bei denen sich – im Vergleich zu langlebigen Konsumgütern – Nachholeffekte wohl nur in geringerem Umfang einstellen.⁴ Schließlich lassen sich im internationalen Vergleich bislang keine Beispiele finden, in denen die privaten Haushalte ihre Sparquote deutlich unter ihr Vorkrisenniveau zurückgeführt und somit zuvor entgangenen Konsum nachgeholt haben; dies könnte freilich damit zusammenhängen, dass die Pandemie in noch kaum einem Land nachhaltig überwunden wurde. Vor diesem Hintergrund rechnen wir für unsere Prognose damit, dass die privaten Haushalte zunächst nur einen kleinen Teil der zusätzlich gebildeten Ersparnis nach der Pandemie wieder für Konsumzwecke aufwenden werden und die Sparquote im Jahr 2023 demzufolge um etwa 1 Prozentpunkt unter ihrem Vorkrisenniveau liegen wird.⁵

Nach dem Rückgang im Winterhalbjahr ziehen die privaten Konsumausgaben wieder kräftig an. Die Pandemie wird im Winterhalbjahr zu einem erneuten Rückschlag bei den privaten Konsumausgaben führen. Abermals dürften die Einbußen bei den kontaktintensiven Dienstleistungen besonders groß ausfallen. So deuten die rückläufigen Mobilitätsdaten – die

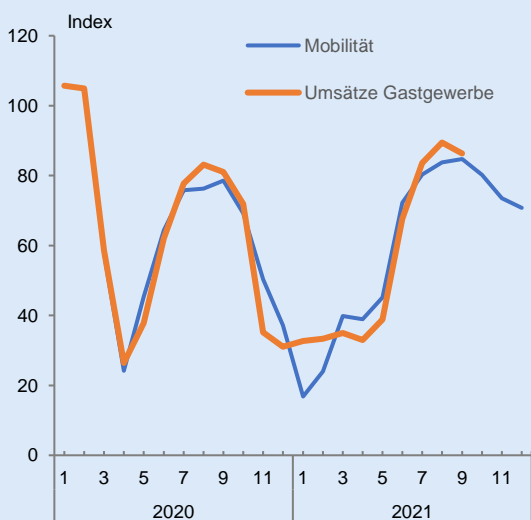
⁴ So zeigen Beraja und Wolf (2021) für die Vereinigten Staaten, dass es nach dämpfenden geldpolitischen Maßnahmen in der Vergangenheit recht rasch zu Nachholeffekten bei langlebigen Konsumgütern kam, während sich die Konsumausgaben für Dienstleistungen nur allmählich wieder ihrem alten Niveau annäherten. Allgemein sind langlebige Konsumgüter

im Konjunkturverlauf deutlich zyklischer als Dienstleistungen (z.B. Casalis und Krustev 2020).

⁵ Diese Annahme ist konsistent mit Szenarien, in denen etwa 35 Prozent der zusätzlichen Ersparnis über einen Zeitraum von 3 Jahren in den privaten Konsum fließt (vgl. Deutsche Bundesbank 2021).

seit dem Beginn der Pandemie einen recht hohen Gleichlauf mit den Umsätzen im Gastgewerbe aufweisen – bereits auf merkliche Rückgänge der Konsumausgaben für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen hin (Abbildung 2). In anderen besonders betroffenen Branchen dürfte eine ähnliche Entwicklung

Abbildung 2:
Umsätze im Gastgewerbe und Mobilität



Monatswerte; Gastgewerbe saisonbereinigt; Mobilität: Einzelhandel und Freizeiteinrichtungen, Abweichung ggü. jeweils gleichem Wochentag im Zeitraum Januar bis Februar 2020, skaliert mittels einer linearen Regression, Werte bis zum 13. Dezember berücksichtigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des Ifw Kiel.

eingesetzt haben. Im Vergleich zum vergangenen Winterhalbjahr dürfte der Rückschlag aber weniger gravierend werden und das Konsumniveau deutlich über den damaligen Tiefpunkten bleiben, da die Infektionsschutzmaßnahmen nicht zuletzt aufgrund des Impffortschritts weniger belasten. Im Einzelhandel werden die Einbußen voraussichtlich deutlich geringer ausfallen als bei den kontaktintensiven Dienstleistungen, da es wohl zu keinen flächendeckenden Geschäftsschließungen kommen wird und Rückgänge im stationären Handel durch verstärkten Online-Handel zumindest teilweise aufgefangen werden können. Allerdings lagen die Einzelhandelsumsätze im Oktober, also noch bevor die Belastungen durch die vierte Welle voll zum Tragen kamen, schon um etwa 1 Prozent unter dem Niveau des dritten Quartals. Alles in allem werden die privaten Konsumausgaben im Winterhalbjahr voraussichtlich merklich sinken, allerdings bei Weitem nicht in

dem Ausmaß, das im vergangenen Winterhalbjahr zu verzeichnen war. Im ersten Quartal 2022 wird der Rückgang mit knapp 2 Prozent wohl etwas größer ausfallen als im vierten Quartal (reichlich 1 Prozent), weil die Infektionsschutzmaßnahmen dann nahezu im gesamten Quartal den Konsum dämpfen werden. Im kommenden Frühjahr, wenn die belastenden Effekte der Pandemie wieder nachlassen, wird eine kräftige Erholung einsetzen. Alles in allen dürften die privaten Konsumausgaben in den kommenden beiden Jahren mit 5,7 Prozent (2022) und 3,7 Prozent (2023) kräftig zulegen, nachdem sie im laufenden Jahr wohl in etwa stagniert haben.

In nominaler Rechnung war der öffentliche Konsum im Jahr 2021 deutlich aufwärtsgerichtet. Der Anstieg der nominalen Konsumausgaben des Staates geht etwa zur Hälfte auf die Entwicklung des Deflators zurück. Hierin schlagen sich vorübergehende KiTa-Schließungen, der Wiederanstieg der Umsatzsteuersätze und jüngst ein deutliches Plus beim Deflator der Abschreibungen nieder. Dieses ist maßgeblich durch den Anstieg der Baupreise bedingt, da die Abschreibungen zu Wiederbeschaffungspreisen kalkuliert werden. Auch preisbereinigt dürfte der Anstieg, wenn auch nicht so stark wie im Vorjahr, erheblich sein. Im hohen Niveau des Staatskonsums spiegeln sich diverse pandemiebedingte Maßnahmen wider. Mit deren Auslaufen im kommenden Jahr dürfte der öffentliche Konsum preisbereinigt sinken, während der Deflator aufgrund einer Einmalzahlung an die Bediensteten der Länder zu Beginn des Jahres 2022 zeitweise erhöht ist. Nach dem Auslaufen der pandemiebedingten Ausgaben wird der preisbereinigte öffentliche Konsum wohl wieder spürbar expandieren. Zum einen dürften bei den Vorleistungskäufen diverse im Koalitionsvertrag in Aussicht gestellte Projekte für Impulse sorgen und zum anderen werden wohl die Ausgaben für Gesundheit und Pflege weiter zulegen.

Die Erholung der Unternehmensinvestitionen wird durch die Lieferengpässe verzögert. Die Unternehmensinvestitionen gingen im dritten Quartal um 2,6 Prozent zurück; ihr Niveau lag damit sogar leicht niedriger als im dritten Quartal des Vorjahres. Hauptgrund dafür waren die Liefer- und Materialengpässe bei den Investitionsgüterproduzenten, die sich im Laufe

des Sommerhalbjahrs immer weiter zuspitzen und auch zu zunehmend leeren Lägern führten. Während die Ausrüstungsinvestitionen (-3,7 Prozent) und der Wirtschaftsbau (-4,9 Prozent) deutliche Rückgänge verzeichneten, waren die Investitionen in sonstige Anlagen von den Engpässen hingegen nur wenig betroffen und expandierten zumindest leicht.

Auch im laufenden Quartal beeinträchtigen die Lieferengpässe die Unternehmensinvestitionen wohl weiterhin. Bis zuletzt haben sie sich offenbar nicht spürbar verringert: Umfragen zufolge klagen noch rund drei Viertel der Firmen im Verarbeitenden Gewerbe über Probleme bei der Beschaffung von Material. Die monatlichen Produktionszahlen und die inländischen Umsätze der Investitionsgüterhersteller sprechen allerdings für eine leichte Aufwärtsbewegung der Investitionstätigkeit im Schlussquartal. Im Laufe des kommenden Jahres dürften die Unternehmensinvestitionen, sofern sich die Lieferengpässe nach und nach lösen und im Zuge der wirtschaftlichen Erholung im In- und Ausland, spürbar an Tempo gewinnen. Insbesondere die Anschaffungen von Maschinen, Geräten und Fahrzeugen dürften deutlich ausgeweitet werden und sich allmählich wieder ihrem Vorkrisenpfad annähern. Dafür sprechen die hohen Auftragsbestände aus dem Inland sowie die Auftragseingänge für Investitionsgüter aus dem Inland, die sich trotz der deutlichen Rückgänge in den vergangenen Monaten immer noch in etwa auf ihrem Vorkrisenniveau befinden. Alles in allem erwarten wir für das laufende Jahr einen Anstieg der Unternehmensinvestitionen um 2,1 Prozent. In den kommenden beiden Jahren dürften sie mit Raten von 6,0 bzw. 6,2 Prozent expandieren.

Die Baupreise steigen in Rekordtempo. Im dritten Quartal dürften die Materialengpässe bei wichtigen Baurohstoffen wie Holz und Stahl die Bauinvestitionen merklich beeinträchtigt haben. So ging das Volumen der Bauinvestition über alle Sparten hinweg zurück, die Baupreise hingegen verzeichneten mit 5,2 Prozent gegenüber dem Vorquartal einen Rekordpreisanstieg. Die Materialengpässe dürften die Entwicklung der Bauwirtschaft auch noch über das Winterhalbjahr hinweg belasten. Allerdings deuten Frühindikatoren wie die Bauproduktion im

Oktober auf eine deutliche Belebung der Bauinvestitionen im Schlussquartal 2021 hin. Mit dem zunehmenden Abklingen der Engpässe im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums dürften die stimulierenden Rahmenbedingungen für die Bauwirtschaft, darunter nicht zuletzt die äußerst günstigen Finanzierungsbedingungen, wieder stärker zum Tragen kommen. Insbesondere der Wohnungsbau wird dann voraussichtlich wieder kräftig expandieren, da dort die Auftragsbücher besonders gut gefüllt sind und der Bedarf nach Wohnraum wohl weiterhin hoch bleiben wird. Insgesamt erwarten wir einen Anstieg der Bauinvestitionen von 1,6 Prozent im laufenden Jahr und Anstiege von jeweils rund 3 Prozent in den Jahren 2022 und 2023. Der Deflator der Bauinvestitionen wird im laufenden Jahr um voraussichtlich knapp 8 Prozent zunehmen und damit sogar rund 2 Prozentpunkte höher ausfallen als im Jahr 1992 nach der Wiedervereinigung. In den beiden kommenden Jahren dürfte der Preisanstieg zwar merklich nachlassen, mit Raten von gut 5 bzw. gut 3 Prozent aber nach wie vor kräftig sein.

Verbraucherpreise

Der Preisauftrieb hat über das gesamte Jahr kräftig angezogen. Ausgehend von einem bereits hohen Niveau hat sich die Inflation in den vergangenen Monaten weiter erhöht und war im November mit 5,2 Prozent so hoch wie seit dem Wiedervereinigungsboom nicht mehr. Zunächst stellte die seit Jahresbeginn deutlich angezogene Teuerungsrate vor allem eine Reaktion auf die im Jahr 2020 geringen Preissteigerungen dar. Mittlerweile gehen die Preisanstiege aber darüber hinaus. Die Preise für Energie verteuerten sich im November um rund 22 Prozent gegenüber dem Vorjahr, nachdem die Vorjahresrate im August noch etwa bei 12 Prozent lag. Die Kernrate (ohne Energie) betrug zuletzt 3,4 Prozent, drei Monate zuvor lag sie noch bei 3 Prozent. Bei der Kernrate macht sich die temporäre Mehrwertsteuersenkung mit einem Beitrag von rund 1 Prozentpunkt deutlich bemerkbar. Auch ohne diesen Effekt lag sie jedoch merklich oberhalb ihres langjährigen Mittelwerts (1992-2019) von 1,6 Prozent.

Die Pandemie hat einen Nährboden für eine erhöhte Inflation geschaffen. Eine wesentliche Ursache für die hohe Inflation sind die stark

gestiegenen Rohstoffpreise. Aber auch darüber hinaus ist das wirtschaftliche Umfeld vor allem aufgrund der Folgen der Pandemie derzeit sehr inflationsfreundlich. So haben die massiven Lieferengpässe die Produktionskosten erhöht und gleichzeitig das Angebot verknappt. Zugleich haben weltweit staatliche Hilfen die Produktionseinbrüche nur stark abgeschwächt auf die Einkommen der privaten Haushalte durchschlagen lassen. Im Ergebnis dürften die Verbraucher angesichts der hohen aufgestauten Kaufkraft und der durch die pandemiebedingt eingeschränkten Konsummöglichkeiten eine erhöhte Zahlungsbereitschaft besitzen.

Der Inflationsdruck lässt nur allmählich nach. Die vorliegenden Monatswerte deuten darauf hin, dass die Verbraucherpreise im vierten Quartal noch einmal kräftig um mehr als 1 Prozent gegenüber dem Vorquartal gestiegen sind. Ein deutlicher Rückgang der Inflation wäre kurzfristig nur zu erwarten, wenn die Lieferengpässe rasch nachlassen oder die Rohstoffpreise deutlich nachgeben würden. Dafür gibt es aber derzeit keine Anhaltspunkte (Gern et al. 2021). Vor diesem Hintergrund wird die Inflation angesichts der preistreibenden Rahmenbedingungen voraussichtlich noch für einige Zeit auf recht hohem Niveau liegen. Im Jahr 2022 dürfte der Verbraucherpreisanstieg mit rund 3 Prozent ähnlich hoch ausfallen wie im laufenden Jahr. Im Jahr 2023, wenn die Lieferengpässe nachgelassen haben und von den Rohstoffpreisen keine preistreibenden Effekte mehr ausgehen, wird die Inflation wohl auf rund 2 Prozent sinken.

Arbeitsmarkt

Die Lohndynamik gewinnt nach der krisenbedingten Schwächephase wieder an Fahrt. Mit den jüngsten Abschlüssen im öffentlichen Dienst der Länder sowie im privaten Verkehrsgewerbe stehen nun für fast alle großen Tarifbereiche die Verdienste für das kommende Jahr fest; erst im Herbst 2022 finden mit der Metall- und Elektroindustrie wieder Verhandlungen in einer gewichtigen Branche statt. Im Lichte der feststehenden Abschlüsse werden die Tarifverdienste im Jahr 2022 voraussichtlich um 2,5 Prozent zulegen, und damit deutlich stärker als im Jahr 2021, als der Zuwachs mit 1,5 Prozent krisenbedingt vergleichsweise niedrig ausfiel.

Für das Jahr 2023 rechnen wir vor dem Hintergrund der fortgesetzten wirtschaftlichen Erholung mit einer weiteren Beschleunigung auf 2,9 Prozent. Die gesamtwirtschaftlichen Effektivverdienste (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer) werden deutlich stärker zulegen als die Tarifverdienste, nachdem sie im Jahr 2020 stagniert hatten. Grund für die Diskrepanz ist die Kurzarbeit (Groll 2020), die mit Ausbruch der Krise zunächst massiv ausgeweitet und seitdem deutlich abgebaut wurde. Nach einem voraussichtlich leichten Anstieg im laufenden Winterhalbjahr dürfte die Kurzarbeit im weiteren Prognosezeitraum wieder reduziert werden. Unabhängig von der Kurzarbeit spricht für eine dynamische Lohnentwicklung, dass Arbeitskräftemangel laut Unternehmensbefragungen wieder deutlich an Bedeutung gewonnen haben. So hat der Anteil der Unternehmen, die Arbeitskräftemangel als Produktionshindernis beklagen, sowohl im Verarbeitenden Gewerbe als auch im Dienstleistungsbereich als auch im Bau historische Höchstwerte erreicht. Darüber hinaus gehen wir davon aus, dass die im Koalitionsvertrag vereinbarte Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro je Stunde zum 1. Juli 2022 erfolgt. Diese hat voraussichtlich eine deutlich höhere Eingriffsintensität als die Einführung des Mindestlohns im Jahr 2015, so dass sie in den gesamtwirtschaftlichen Durchschnittsverdiensten sichtbar werden dürfte. Wir rechnen allerdings damit, dass wie bei der Einführung des Mindestlohns die Arbeitszeit der betroffenen Arbeitnehmer infolge der Mindestloohnerhöhung sinkt, so dass die durchschnittlichen Pro-Kopf-Verdienste weit weniger stark steigen als die Stundenverdienste. Alles in allem rechnen wir mit einem Anstieg der Verdienste je Arbeitnehmer von 3,1 Prozent (2021), 3,6 Prozent (2022) und 3,6 Prozent (2023).

Die Kurzarbeit sank zuletzt nur noch wenig, und die Erholung der Erwerbstätigkeit verlangsamt sich. Nachdem die Zahl der Kurzarbeiter zwischen Februar und August kräftig von 3,4 Mill. auf 800 000 Personen sank, schwächte sich das Tempo im Herbst deutlich ab. Während die Schätzung des ifo Instituts laut monatlicher Konjunkturumfrage für Oktober noch auf einen leichten Rückgang hindeutet, zeichnet sich für November ein geringfügiger

Anstieg ab. Wir gehen davon aus, dass sich die Kurzarbeit im Winter weiter erhöhen wird, wenngleich das Ausmaß deutlich geringer ausfallen dürfte als vor einem Jahr. Mit der wieder einsetzenden Erholung im kommenden Frühjahr wird sich die Kurzarbeit wieder reduzieren. Die Erholung der Erwerbstätigkeit, die erst im vergangenen Sommer nennenswert eingesetzt hatte, verlor im Herbst ebenfalls an Fahrt. Dies traf sowohl auf die sozialversicherungspflichtige als auch auf die ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigung zu. Die registrierte Arbeitslosigkeit sank zuletzt weiter. Im November waren saisonbereinigt 2,43 Mill. Erwerbspersonen als arbeitslos registriert (Quote: 5,3 Prozent). Während die Zahl der Arbeitslosen im deutlich konjunktur reagibleren Rechtskreis SGB III (Arbeitslosenversicherung) ihr Vorkrisenniveau bereits wieder erreicht hat, kam es im Rechtskreis SGB II (Grundsicherung) noch zu keiner nennenswerten Erholung.

Die Erholung der Erwerbstätigkeit verliert zunächst weiter an Tempo. Im Winterhalbjahr wird der Beschäftigungsaufbau angesichts der gedämpften wirtschaftlichen Erholung vorübergehend nachlassen. Sobald im Verlauf des kommenden Jahres die wirtschaftliche Aktivität wieder anzieht, gewinnt auch die Erholung der Erwerbstätigkeit erneut an Fahrt. Allerdings fällt in diese Phase gemäß unserer Annahme auch die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro. Angesichts der hohen Eingriffsintensität gehen wir von Beschäftigungsverlusten insbesondere bei den ausschließlich geringfügig Beschäftigten aus, die sich im weiteren Prognosezeitraum nach und nach materialisieren und so den Anstieg der Erwerbstätigkeit dämpfen werden. Im Jahr 2023 wird sich zudem bemerkbar machen, dass das Arbeitskräfteangebot alterungsbedingt seinen Zenit erreicht. In der Folge dürfte die Zahl der Erwerbstätigen gegen Ende des Prognosezeitraums zu sinken beginnen. Die Arbeitslosenquote nach Definition der Bundesagentur für Arbeit sinkt auf jahresdurchschnittlich 5,2 Prozent (2022) und 5,0 Prozent (2023), nach 5,7 Prozent im laufenden Jahr. Die Arbeitslosigkeit dürfte von der Mindestlohnerhöhung kaum berührt sein, da die ausschließlich geringfügig Beschäftigten keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld aus der Arbeitslosenversicherung haben und zudem die

überwiegende Mehrheit aufgrund fehlender Bedürftigkeit keine Grundsicherung beanspruchen können, da sie in Haushalten mit ausreichendem Einkommen leben.

Öffentliche Finanzen

Die Steuereinnahmen sind im ablaufenden Jahr über das Vorkrisenniveau gestiegen. Während der Anstieg der Umsatzsteuer angesichts der Rückkehr zu den alten Steuersätzen und der verbesserten Konsummöglichkeiten antizipiert werden konnte, überraschte vor allem der kräftige Anstieg der Gewinnsteuern. Sie zeigen deutliche Zuwächse und vollziehen die wirtschaftliche Erholung – anders als nach der Krise 2008/2009 – ohne Verzögerung nach. Das Plus bei den Sozialbeiträgen fällt deutlich geringer aus. Allerdings sind diese auch im Jahr 2020 wegen des stabilisierenden Effekts der Kurzarbeit nicht gesunken. Die sonstigen Einnahmen des Staates legten merklich zu. Maßgeblich waren Zahlungen der EU im Zuge des „Next Generation EU“-Programms und steigende Verkäufe.

Der Ausgabenanstieg im Jahr 2021 war bedingt durch pandemiebezogene Maßnahmen abermals rasant. Bedingt durch zusätzliche Ausgaben für Tests und Impfstoffe waren Vorleistungskäufe und soziale Sachleistungen deutlich aufwärtsgerichtet. Ebenfalls im Zusammenhang mit der Pandemie kam es zu einem abermaligen deutlichen Anstieg der Subventionen. Bei den Vermögensübertragungen hingegen schlugen sich diverse Investitionsförderprogramme nieder, die in den Bereichen Digitalisierung und Klimaschutz zu verorten sind. Hier ist in den kommenden Jahren mit einer weiteren Beschleunigung zu rechnen. Nur mäßig nahmen die monetären Sozialleistungen im Jahr 2021 zu, da die Zahl der Kurzarbeiter zurückging und die Renten zu Mitte des Jahres kaum erhöht wurden. Insgesamt sind die Ausgaben aber langsamer gestiegen als die Einnahmen, so dass das Defizit unter dem des Vorjahres liegen dürfte.

Die Einnahmen werden im Jahr 2022 zwar mit deutlich vermindertem Tempo aber immer noch kräftig zulegen. Die wirtschaftliche Erholung und der anhaltende Beschäftigungsaufbau sorgen für ein deutliches Plus bei

Steuern und Beiträgen, wobei das Steuerplus durch einen zu geringen Ausgleich der „kalten Progression“ zu Jahresbeginn befördert wird. Vom Auslaufen der pandemischen Lage dürften ferner die Verkäufe des Staates (z.B. Lkw-Maut) profitieren, und die Zahlungen der EU werden wohl auch zulegen.

Das Tempo des Ausgabenanstiegs lässt deutlich nach, da viele Corona-Maßnahmen entfallen. Insbesondere Ausgaben für Subventionen werden wohl deutlich rückläufig sein. Mit dem Rückgang der Kurzarbeit entfallen auch die Erstattungen der Bundesagentur für Arbeit für Arbeitgeberbeiträge. Zudem dürften die Überbrückungshilfen im Laufe des Jahres auslaufen und die Bezuschussung der EEG-Umlage sinkt. Allerdings verbleiben die Subventionen spürbar über dem Vorkrisenniveau, worin sich diverse klimapolitische Maßnahmen widerspiegeln. Ferner werden wohl die in Zeiten der Pandemie stark gestiegenen Vorleistungskäufe gemindert. Die sozialen Sachleistungen werden hingegen weiter recht deutlich expandieren, da wir mit Nachholeffekten bei medizinischen Behandlungen und einem Fortgang des Impfeschehens rechnen. Ein deutliches Plus dürfte es bei den Investitionen der öffentlichen Hand und den Vermögensübertragungen geben. Hier verorten wir einen wesentlichen Teil der im Koalitionsvertrag jüngst vereinbarten Maßnahmen und Projekte. Insgesamt werden die Ausgaben nur wenig mehr als stagnieren und das Defizit deutlich sinken.

Für das Jahr 2023 rechnen wir mit einem weiteren, wenngleich geringeren Rückgang des Budgetdefizits. Allerdings dürfte es trotz eines erneut merklichen Plus bei den Einnahmen auch in struktureller Rechnung klar über der Zielgröße von 0,5 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt liegen. Ein deutlicherer Rückgang des Defizits ist aber angesichts der Vereinbarungen im Koalitionsvertrag zur Umgestaltung der Schuldenbremse, die Kreditemächtigungen aus den Corona-Jahren in die Folgezeit umleitet, nicht angelegt (Kasten 1).

Risiken und Wirtschaftspolitik

Die direkten und indirekten Pandemieeffekte sind weiterhin mit hoher Unsicherheit

behaftet. Je stärker die Kapazitäten des Gesundheitssektors zur Behandlung von Covid-19-Patienten beansprucht werden, desto mehr ist mit kontaktbeschränkenden Maßnahmen zu rechnen, die in den betroffenen Branchen die wirtschaftliche Aktivität beeinträchtigen. Damit bleibt auch diese Prognose maßgeblich auf das Pandemiegeschehen konditioniert, das mit dem Aufkommen der Omikron-Variante noch unklarer geworden ist. Hierbei spielen neben den Behandlungskapazitäten der Impffortschritt und die Wirksamkeit der Impfstoffe ebenso eine Rolle wie die Verfügbarkeit von Medikamenten, mit denen sich schwere Krankheitsverläufe mildern lassen. Je nachdem, welche Erfolge sich im präventiven und therapeutischen Bereich einstellen, könnten die ökonomischen Effekte stärker oder schwächer sein, als in dieser Prognose unterstellt. Ein erheblicher Teil der derzeit bestehenden Lieferengpässe ist ebenfalls eine Folge der Pandemie. Nie zuvor wurde in den vergangenen Jahrzehnten die industrielle Produktion in Deutschland auch nur näherungsweise so sehr durch mangelnde Zulieferungen behindert wie derzeit. Es ist unklar, wie schnell sich diese Hemmnisse abbauen lassen. Die bereits in unserer Herbstprognose vorgenommene Setzung, dass sich die Lage erst im Verlauf des Jahres 2022 allmählich entspannt, wird durch aktuelle Unternehmensbefragungen gestützt. Allerdings ist die Situation auch für die Befragten Neuland. Somit bilden auch die Lieferengpässe weiterhin ein beträchtliches Ab- und Aufwärtsrisiko, das nicht zuletzt auch vom weltweiten Pandemiegeschehen abhängt. Schließlich bleibt die bei den privaten Haushalten während der Pandemiezeit aufgestaute Kaufkraft, die sich bis zum kommenden Frühjahr auf rund 215 Mrd. Euro belaufen dürfte, ein Risikofaktor für die Prognose. Sofern die Konsumenten mehr davon verausgaben als hier unterstellt, dürfte sich dies angesichts rasch wieder ausgelasteter Kapazitäten – insbesondere in den kontaktintensiven Dienstleistungsbereichen – vor allem in höheren Preissteigerungsraten niederschlagen.

Das geopolitische Umfeld wird zunehmend rauer. Mit Blick auf die politischen Spannungen zwischen den USA und der Volksrepublik China zeichnet sich keine Entspannung ab. Vielmehr drohen sich die Fronten zu verhärten, was sich

auch für die Handels- und Investitionsmöglichkeiten der deutschen Wirtschaft negativ auswirken kann. Ferner spitzt sich derzeit der Ukraine-Konflikt zwischen der NATO und der Russischen Föderation zu. Käme es zu einer militärischen Aggression Russlands, dürften erhebliche wirtschaftliche Turbulenzen die Folge sein, unter denen auch deutsche Unternehmen leiden werden.⁶

Mit Blick auf die Agenda der neuen Bundesregierung kann diese Prognose bislang nur in Teilen den wirtschafts- und finanzpolitischen Kurs abbilden. Zwar haben die Regierungsparteien in ihrem Koalitionsvertrag die Richtung ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik beschrieben, es bleibt aber unklar, wie schnell und wie weit sie in diese Richtung gehen werden (Kasten 1). Konkret eingeflossen in diese Prognose sind das Wiedereinsetzen des Nachholfaktors im gesetzlichen Rentensystem vor der nächsten Rentenanpassung sowie die Anhebung des Mindestlohnes auf 12 Euro zum 1. Juli 2022. Zudem schlagen sich die erhöhten Kreditspielräume in höheren Ausgaben im Jahr 2023 nieder. Für einen Gutteil der wirtschafts- und finanzpolitischen Vorhaben, die im Prognosezeitraum konjunkturell von Bedeutung sein werden, stehen aber genaue Termine oder konkrete Volumina noch nicht fest. Damit könnte das tatsächliche staatliche Handeln gegebenenfalls expansiver ausgerichtet sein als es in dieser Prognose Niederschlag finden konnte.

Die Finanzpolitik muss nicht nur der Schulden Tragfähigkeit, sondern auch dem gesamtwirtschaftlichen Umfeld Rechnung tragen. Die neue Bundesregierung hat deutlich gemacht, dass sie den Verschuldungsspielraum erheblich auszudehnen strebt. Hierzu zählen die Vorratsverschuldung mit Blick auf den Klima- und Transformationsfonds, das Strecken der Tilgung für die Corona-Schulden sowie die stärkere Inanspruchnahme öffentlicher Unternehmen mit Blick auf kreditfinanzierte Investitionsmaßnahmen, etwa bei der Infrastruktur oder dem Wohnungsbau. Das Ausnutzen der Ausnahmeklausel der Schuldenbremse im Jahr 2022 für erweiterte Ausgaben spielräume in den Folgejahren widerspricht

dem Sinn der Ausnahmeklausel, die darauf abzielt, in außergewöhnlichen Notlagen – und nicht für die Zeit danach – das fiskalische Handeln nicht zu beschränken. Unabhängig von der juristischen Beurteilung gehen damit erhebliche stabilitätspolitische Risiken einher, sofern die Kreditermächtigungen zeitnah zu Mittelabflüssen führen. Diese liegen im Falle Deutschlands derzeit weniger in einem Überreizen der Schulden Tragfähigkeit, sondern in einem fiskalischen Gebaren, das nicht in die gesamtwirtschaftliche Landschaft passt. So stottert die Konjunktur im laufenden Winterhalbjahr nicht mangels Nachfrage, sondern wegen exogener Hemmnisse für die ökonomische Aktivität. Die in- wie ausländischen Auftriebskräfte – hohe aufgestaute Kaufkraft bei den privaten Haushalten, rekordhoher Auftragsüberhang in der Industrie – sind weiterhin intakt und reichen mehr als aus, um die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten rasch wieder normal auszulasten. Derzeit erscheint sogar eine postpandemische Überauslastung – wenn auch noch nicht allzu gravierend – am wahrscheinlichsten zu sein. In einer solchen Phase wirken weitere Stimuli destabilisierend. Hinzu kommt, dass die Wachstumskräfte der deutschen Wirtschaft in den 2020er Jahren alterungsbedingt kontinuierlich schwächer werden, während aus demselben Grund der Druck auf die staatlichen Haushalte zunimmt. Auch das spricht dafür, die gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten nicht noch weiter zu strapazieren, sondern neue Vorhaben vor allem durch ausgabenseitige Priorisierung in den öffentlichen Haushalten abzubilden.

Staatliche Investitionsgesellschaften sind problematisch, wenn sie primär als Vehikel zur Umgehung der Schuldenbremse dienen sollen. Zwischen Investitionstätigkeit und Kreditaufnahme besteht kein zwingender Zusammenhang. Mittel für zusätzliche Investitionen lassen sich auch erlangen, indem andere Ausgaben im Bundeshaushalt gekürzt würden. Werden öffentliche Investitionen außerhalb des Bundeshaushalts finanziert, erhöht sich zumindest kurzfristig der fiskalische Ausgaben spielraum. Per Saldo schützt eine solche Umgehung der Schuldenbremse aber nicht die Investitionen, sondern andere Ausgaben, die sonst

⁶ So hatten schon die Sanktionen gegen Russland aus dem Jahr 2014 sichtbare Folgen für den deutschen Außenhandel (Crozet und Hinz 2020).

gekürzt werden müssten. Generell sollte jede Begrenzung der Ausgabespelräume dazu führen, dass damit die unwichtigsten Staatsausgaben auf den Prüfstand kommen und gegebenenfalls unterbleiben, nicht die wichtigsten. Investitionsgesellschaften können jedoch auch ein Instrument sein, um die Infrastrukturpolitik ordnungspolitisch besser aufzustellen, indem verstärkt auf die Nutzerfinanzierung (z.B. Mautsysteme) gesetzt wird. So können geschlossene Finanzierungskreisläufe entstehen, die über marktwirtschaftliche Preissignale gesteuert werden. In dem Maße braucht es dann auch weniger staatliche Einflussnahme, was eine Ausgliederung aus den öffentlichen Budgets rechtfertigt. Entscheidend ist dabei, dass die private Beteiligung an Infrastrukturgesellschaften auch das Investitionsrisiko einschließt. Es sollte vermieden werden, dass dort Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert werden. Daher müssen private Investoren mit in die Haftung genommen werden. So lässt sich auch die Ausgliederung aus den öffentlichen Haushalten und damit die Begrenzung der parlamentarischen Kontrolle rechtfertigen. Die Risikobeteiligung der privaten Geldgeber hat zugleich den Vorteil, dass diese umso genauer darauf achten, dass sinnvolle Projekte angegangen werden, weil ihr eigenes Geld im Feuer steht. Renditegarantien des Staates würden genau das untergraben. Strikt zweckbezogene Investitionsgesellschaften stellen so auch eher sicher, dass Investitionen in Infrastrukturen verstetigt werden können und nicht – je nach Kassenlage – zum Steinbruch des Budgetausgleichs werden. In dem Maße, wie mit den Infrastrukturen weitere Ziele verfolgt werden (z.B. Regionalförderung), kann dies über gezielte Subventionen geschehen, über die im Parlament zu befinden ist.

Rentenpolitisch liefert der Koalitionsvertrag keine tragfähige Lösung. Zwar ist das Wiedereinführen des Nachholfaktors zu begrüßen. Auch der angekündigte Einstieg in einen aktienbasierten Kapitalfonds weist grundsätzlich in die richtige Richtung – auch wenn er in dem angekündigten Umfang kaum mehr als Symbolpolitik ist. Das Festhalten am Renteneintrittsalter läuft allerdings darauf hinaus, dass die Rentenkasse nur noch in der laufenden Legislaturperiode über die Runden kommt. Damit werden wichtige Weichenstellungen einmal mehr vertagt und der nächsten Regierung überlassen.

Gerade bei Rentenreformen spielt der Faktor Zeit eine wichtige Rolle, denn die Betroffenen müssen sich auf geänderte Rahmenbedingungen einstellen können. Je mehr Zeit ihnen dazu bleibt, desto besser gelingt dies und desto eher können notwendige Änderungen vorgenommen werden, ohne dass zusätzliche Härtefallklauseln notwendig werden. Da die demografische Entwicklung mit Blick auf die Alterssicherungssysteme gut absehbar ist, lässt die neue Regierung unnötig Zeit verstreichen, die das Problem für die politischen und privaten Akteure größer werden lässt.

Die geplante Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro je Stunde stellt voraussichtlich einen stärkeren Eingriff in das Lohngefüge dar als seine Einführung im Jahr 2015. Der Koalitionsvertrag sieht eine Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro je Stunde vor, die wir in unserer Prognose für den 1. Juli 2022 unterstellt haben. Dies entspricht einer Erhöhung um 22,2 Prozent (ausgehend von 9,82 Euro im Juni). Aller Voraussicht nach geht die Erhöhung auf 12 Euro mit einer höheren Eingriffsintensität einher als die Einführung des Mindestlohns im Jahr 2015, vor allem weil von der Erhöhung deutlich mehr Arbeitnehmer betroffen sein werden. Angesichts dessen und der bislang vorliegenden Forschungsergebnisse zu den Folgen der Mindestlohneinführung gibt es wenig Grund für die Annahme, dass die Mindestlohnerhöhung keine unerwünschten Nebenwirkungen mit sich bringt. Demnach erhöhte die Einführung des Mindestlohns zwar die Stundenlöhne der betroffenen Arbeitnehmer, führte gleichzeitig aber zu einer geringeren Arbeitszeit, so dass ihre Monatsverdienste nicht oder nur wenig stiegen. Zudem gibt es – entgegen der im politischen Diskurs verbreiteten Auffassung – Hinweise auf Stellenverluste. So finden fünf von zehn Studien für Deutschland Beschäftigungsverluste von bis zu 260 000 Stellen. Addiert man das Stellenäquivalent der reduzierten Arbeitszeit, die ebenso einen negativen Beschäftigungseffekt darstellen, bewegt sich der geschätzte Beschäftigungsverlust in diesen Studien zwischen 129 000 und 594 000 Arbeitsplätzen (Knabe et al. 2020). Damit liegt der geschätzte Effekt zwar am unteren Rand der ex-ante abgegebenen Prognosen, aber: (1) Die Prognosen bezogen sich auf die langfristigen Effekte, während die ex-post ermittelten Schätzungen kurzfristige

Effekte darstellen, (2) die Prognosen wurden unter der Annahme erstellt, dass ausnahmslos alle Arbeitnehmer mit einem Stundenlohn unterhalb von 8,50 Euro den Stundenlohn erhalten, während in der Realität zum einen einige Arbeitnehmer ausgenommen waren und zum anderen der Mindestlohn Schätzungen zufolge in vielen Fällen unterlaufen wurde, und (3) die Mindestlohneinführung in eine ausgesprochen günstige konjunkturelle Lage und insbesondere Arbeitsmarktsituation fiel. Die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro fällt hingegen in eine weitaus schwierigere wirtschaftliche Situation; insbesondere die geringfügig entlohnten Beschäftigten, von denen die überwiegende Mehrheit Stundenlöhne von unter 12 Euro bezieht, waren von der Corona-Krise besonders betroffen. Allerdings ist die Arbeitskräfteknappheit derzeit deutlich höher als zur Mindestlohneinführung; zudem soll mit der Mindestlohnerhöhung auf 12 Euro auch die Verdienstgrenze bei Minijobs angehoben werden. Beide Faktoren könnten negative Beschäftigungs- und Arbeitszeiteffekte begrenzen. Ein wesentliches Ziel kann der Mindestlohn indes nicht erreichen, auch wenn es keine Beschäftigungsverluste gäbe, nämlich eine nennenswerte Reduzierung der Armutsgefährdung. Gerade einmal 10 Prozent aller Armutsgefährdeten arbeiten Vollzeit; die Übrigen sind Teilzeitbeschäftigte, Rentner, Selbständige und Arbeitslose, denen der Mindestlohn nicht aus der Armutsgefährdung helfen kann. Außerdem waren vor der Mindestlohneinführung nur rund 20 Prozent der Arbeitnehmer mit einem Stundenlohn unter 8,50 Euro armutsgefährdet, denn viele Niedriglohnbezieher leben in Haushalten mit einem ausreichenden Haushaltseinkommen. Der größte Risikofaktor für Armutsgefährdung bleibt die Arbeitslosigkeit. In dem Maße, wie der Mindestlohn zu Beschäftigungsverlusten führt, verschlimmert er die Situation der Betroffenen, statt sie zu verbessern. Eine nachhaltige Lösung sollte am niedrigen Bildungs- und Qualifikationsniveau der betroffenen Arbeitnehmer ansetzen, da diese die Kernursache für niedrige Stundenlöhne darstellt. Erfolge würden sich freilich erst mittel- bis langfristig einstellen. Bereits kurzfristig würde helfen, die hohen Transferentzugsraten im Sozialsystem und die damit einhergehenden Fehlanreize zu verringern, um höhere

Monatsverdienste für die Betroffenen zu ermöglichen. Die im Koalitionsvertrag geplante Verbesserung der Zuverdienstmöglichkeiten in der Grundsicherung bzw. im neuen Bürgergeld sowie die Abstimmung oder sogar Zusammenlegung verschiedener Sozialleistungen gehen daher in die richtige Richtung.

Kasten 1:**Zur Umsetzung des Koalitionsvertrags in der Prognose der öffentlichen Haushalte**

Die im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen modifizieren die Rahmenbedingungen in vielen Bereichen, die für die gesamtwirtschaftliche Analyse von Relevanz sind. Sehr direkt wirken die Vorgaben typischerweise auf das Abgaben- und Transfersystem sowie auf die Haushaltspolitik. Im Folgenden soll dargestellt werden, wie die Prognose der öffentlichen Haushalte angesichts des Koalitionsvertrags modifiziert wird.

Der Koalitionsvertrag bietet in der Steuerpolitik nur wenige Neuerungen. Günstigere Abschreibungsregeln für Unternehmen und eine höhere Flexibilität für die Länder bei der Gestaltung der Grunderwerbsteuer dürften Investitionsanreize für den Privatsektor liefern und zugleich gewisse Mindereinnahmen mit sich bringen, doch dürften die Effekte begrenzt bleiben. Ebenfalls effektiv geringfügige Änderungen gibt es im Rentensystem. Der eher vorsichtige Einstieg in die Kapitaldeckung wird die Rentenkassen kurzfristig kaum entlasten. Wir gehen davon aus, dass die dafür zugesagten 10 Mrd. Euro aus Mitteln des Bundeshaushalts als finanzielle Transaktion zu sehen sind (sowohl aus Sicht der Schuldenbremse als auch aus Sicht des VGR-Finanzierungssaldos) und daher zwar den Bruttoschuldenstand, nicht aber den Budgetsaldo betreffen. Die Wiedereinführung des Nachholfaktors führt zu einer etwas geringeren Rentenerhöhung zur Mitte des Jahres 2022. Die fiskalischen Effekte der angekündigten Reform des Arbeitslosengeld II sind noch nicht abschätzbar und in dieser Prognose nicht berücksichtigt.

Bedeutendere Maßnahmen finden sich im Bereich der Haushaltspolitik. Die Schuldenbremse an sich bleibt zwar unangetastet, doch plant die Ampelkoalition die Gestaltungsmöglichkeiten der Schuldenbremse im größeren Ausmaß zu nutzen und durch Änderungen des Abrechnungsablaufs die durch die pandemiebedingte Notsituation mögliche, zusätzliche Verschuldung für Projekte während der gesamten Legislaturperiode zu nutzen.

Eine zentrale Rolle spielt der Energie- und Klimafonds (EKF), der in den Klima- und Transformationsfonds (KTF) umgestaltet werden soll. Dazu sollen Haushaltsreste des Bundes aus dem Jahr 2021, die sich wegen der besser als erwarteten Einnahmen und geringeren Ausgaben in einem sehr hohen zweistelligen Milliardenbereich belaufen dürften, Rücklagen des KTF auffüllen. Zudem könnten zusätzlich Mittel im Haushalt 2022, für den abermals die Schranke für die Nettokreditaufnahme der Schuldenbremse ausgesetzt wird, für den KTF bereitgestellt werden. Diese Rücklagen wird dann der KTF über die Zeit in Ausgaben ummünzen.

Bisher würde ein solches Vorgehen keine zusätzlichen Ausgabenspielräume für die Jahre 2023 und folgende bedeuten, da nach der derzeitigen Regelung der Schuldenbremse nicht das Auffüllen der Rücklagen in der Abrechnung der Schuldenbremse berücksichtigt wird, sondern das Verausgaben der Mittel. Daher wird nun diese Regelung geändert und es gilt fortan die Befüllung der Sondervermögen als auch des KTF als relevant. Die Ausgaben der Sondervermögen werden dann in der Schuldenbremse nicht weiter berücksichtigt.

Der nun sehr hohen Nettokreditaufnahme in den Jahren 2021 und 2022 stehen Tilgungsverpflichtungen gegenüber. Damit diese nun wiederum nicht zeitnah die Haushaltsspielräume mindern, sollen die Tilgungsmodalitäten geändert werden. Anstatt mit der Tilgung im Jahr 2023 zu beginnen, soll das Startjahr nun 2028 sein und die Laufzeit zudem auf 30 Jahre ausgeweitet werden (analog zu den Tilgungsplänen des „Next Generation EU“-Fonds). In der Summe dürfte dieses Vorgehen in den Jahren 2023 bis 2025 zusätzliche kreditfinanzierte Ausgaben des KTF in zweistelliger Milliardenhöhe jährlich ermöglichen. Der genaue Betrag hängt von der Ausgestaltung des Bundeshaushalts 2022 und von der Behandlung bereits bestehender Rücklagen des EKF ab. Ein Teil der Rücklagen des KTF dürfte dazu genutzt werden, die Abschaffung der EEG-Umlage zu finanzieren. Dies entlastet die Strompreise ab dem Jahr 2023.

In der Summe dürften Subventionen, Vermögenstransfers (Investitionshilfen), öffentliche Investitionen und Vorleistungskäufe des Staates mit der höheren Kreditaufnahme steigen. Im Vergleich zu unserer Herbstprognose schlägt dies insbesondere im Jahr 2023 durch.

Außerdem plant die neue Regierung Institutionen, die Eigentum des Bundes sind und eigene Möglichkeiten zur Kreditfinanzierung bzw. diese erhalten sollen, zur Finanzierung von Projekten zu nutzen. Die KfW und die Deutsche Bahn können sich bereits selbständig (außerhalb der Schuldenbremse) verschulden. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) soll zudem erweitert und ebenfalls mit eigenen Möglichkeiten zur Kreditaufnahme ausgestaltet werden. Noch ist unklar, ob die BImA letztlich dem Sektor Staat zugeordnet werden wird. Dies hängt unter anderem davon ab, ob dieses Unternehmen überwiegend geschäftlich mit dem Staat verbunden ist (Schmidt et al. 2017). Wir verwenden hier vorerst die Annahme, dass die BImA nicht Teil des Staates in den Abgrenzungen der VGR sein wird.

Öffentliche Investitionen und die oft damit zusammenhängenden Vorleistungskäufe dürften insbesondere davon profitieren, dass der Bund durch seine Unternehmen und Sondervermögen auch die Investitionstätigkeit auf kommunaler Ebene fördern möchte. Allerdings bleiben die realen Veränderungen überschaubar, da zum einen die bisherige Erfahrung darauf hindeutet, dass die durch die Sondervermögen

des Bundes zur Verfügung stehenden Mittel kaum zeitnah abfließen werden, und zum anderen, weil wir in den relevanten Bereichen bzw. Güterkategorien auch mit Preiseffekten rechnen. Dafür spricht zum einen die bereits sehr angespannte Lage in der Bauindustrie und zum anderen, dass angesichts weltweit anlaufenden Klimaschutzinvestitionen zunächst entsprechende Investitionsgüter knapp werden dürften.

Während es das Ziel dieser Haushaltspolitik ist, zusätzliche Kreditfinanzierung in Einklang mit den Vorgaben der Schuldenbremse zu bringen, dürfte dies mit Blick auf die Vorgaben für den strukturellen Budgetsaldo auf europäischer Ebene nicht gelingen. Zwar sind die Defizitgrenzen für das Jahr 2022 auch auf europäischer Ebene ausgesetzt, doch gibt es hier keine Handhabe, die Abrechnung von Defiziten späterer Jahre vorzuziehen. Die Ausgaben des KTF werden dem Gesamtstaat im Jahr ihrer Entstehung zugeordnet. Zudem ist zu berücksichtigen, dass neben den Rücklagen des KTF noch weitere Rücklagen in Kernhaushalten von Bund und Ländern sowie in diversen Sondervermögen bestehen, die in den Jahren nach 2022 aufgebraucht werden. Zudem ist mit Defiziten in den Sozialversicherungen zu rechnen, die zumindest im Falle der Rentenversicherung aus Rücklagen finanziert werden können. Insgesamt dürfte daher ein strukturelles Defizit von unter 0,5 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2023 verfehlt werden. Den Anforderungen der Fiskalregeln der EU würde es zwar bereits genügen, dass das strukturelle Defizit nach dem Jahr 2022 in definierten Abbauschritten Richtung 0,5 Prozent reduziert wird (Tabelle K1), doch dürfte auch dies im Jahr 2023 nicht gelingen, da – wie dargelegt –, die Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag gerade dazu dienen sollen, die Reduktion des strukturellen Defizits hinauszuzögern, um mit den entsprechenden Spielräumen die Projekte der Ampelkoalition zu finanzieren.

Tabelle K1:

Bestimmung der geforderten jährlichen Anpassung des strukturellen Budgetsaldos in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

	Schuldenstand unter 60% und niedrige/mittlere Tragfähigkeitsrisiken	Schuldenstand über 60% oder hohe Tragfähigkeitsrisiken
$\Delta BIP < 0$ und $PL < -4$	Keine Anpassung erforderlich	
$-4 \leq PL < -3$	0	0,25
$-3 \leq PL < -1,5$	0 wenn ΔBIP unter Potenzialrate; 0,25 wenn ΔBIP über Potenzialrate	0,25 wenn ΔBIP unter Potenzialrate; 0,5 wenn ΔBIP über Potenzialrate
$-1,5 \leq PL < 1,5$	0,5	>0,5
$PL \geq 1,5$	>0,5 wenn ΔBIP unter Potenzialrate; ≥0,75 wenn ΔBIP über Potenzialrate	>0,75 wenn ΔBIP unter Potenzialrate; ≥1 wenn ΔBIP über Potenzialrate

PL: Produktionslücke in Prozent vom Produktionspotenzial

Quelle: Europäische Kommission (2019). Vade Mecum on the Stability & Growth Pact. 2019 Edition. Institutional Paper 101.

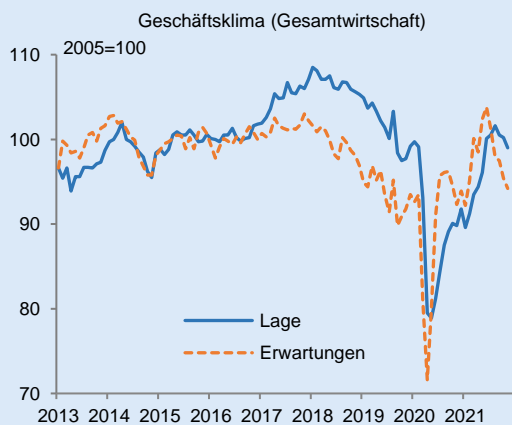
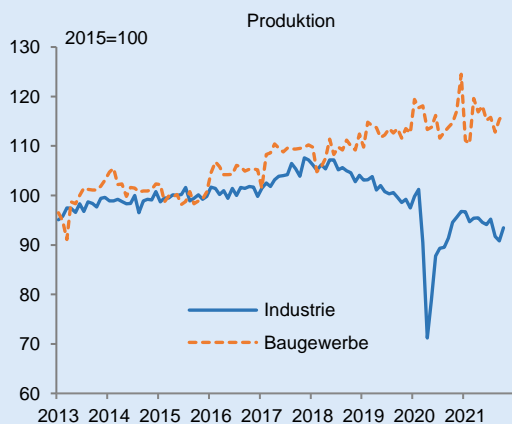
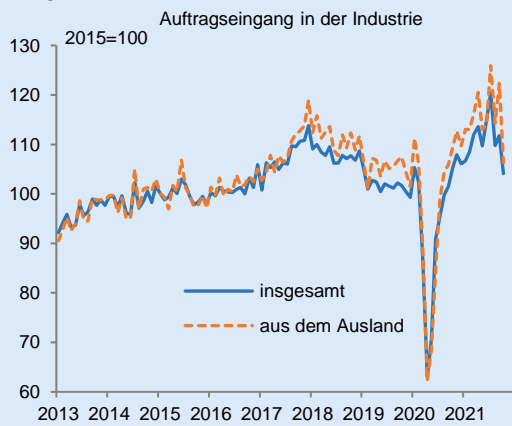
Datenanhang

INHALT

1. Konjunkturindikatoren.....	21
2. Monetäre Rahmenbedingungen und Preisentwicklung.....	22
3. Außenwirtschaft.....	24
4. Inländische Verwendung.....	26
5. Wirtschaftsbereiche.....	28
6. Löhne.....	29
7. Beschäftigung.....	30
8. Öffentliche Finanzen.....	32
9. Bruttoinlandsprodukt, Komponenten und Prognoseunsicherheit.....	34
10. Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2020–2023.....	35
11. Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.....	36
12. Hauptaggregate der Sektoren (Mrd. EUR).....	39
Literatur.....	42

1. Konjunkturindikatoren

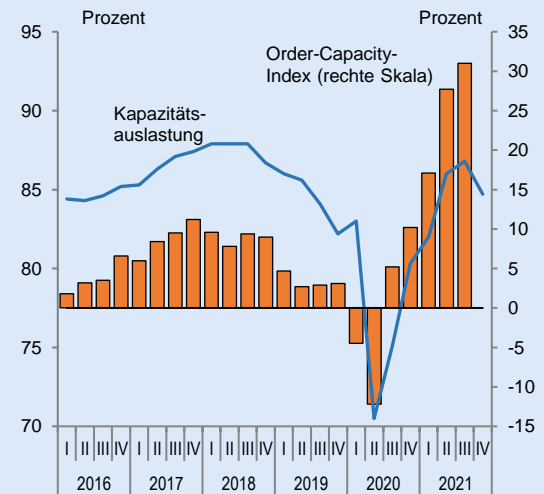
Abbildung 1.1:
Konjunkturindikatoren



Monatsdaten, saisonbereinigt.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; ifo, *Konjunkturperspektiven*; Berechnungen des IfW Kiel.

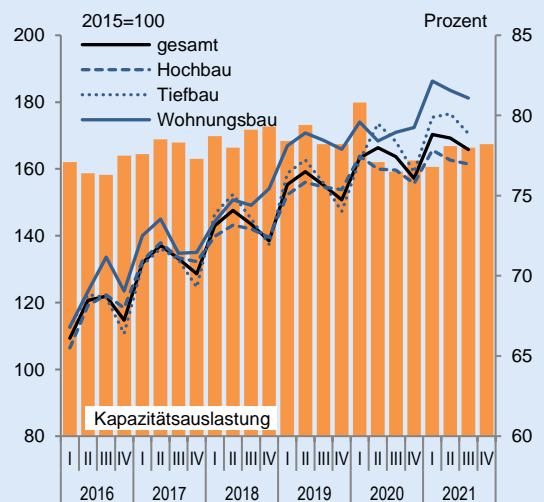
Abbildung 1.2:
Kapazitätsauslastung



Quartalsdaten, saisonbereinigt; Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe (Achse schneidet bei Normalauslastung).

Quelle: ifo Institut, *Konjunkturtest*; Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*.

Abbildung 1.3:
Auftragslage und Kapazitätsauslastung im Bauhauptgewerbe

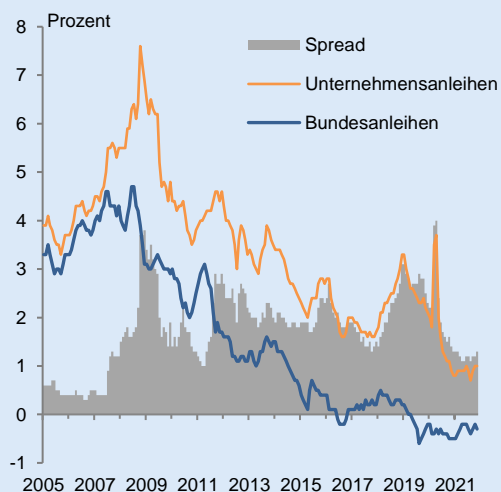


Quartalsdaten. Kapazitätsauslastung (Abweichung vom Normalniveau): saisonbereinigt, rechte Skala; Auftragsbestände: preisbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *GENESIS-Datenbank*; ifo, *Konjunkturperspektiven*; eigene Berechnungen.

2. Monetäre Rahmenbedingungen und Preisentwicklung

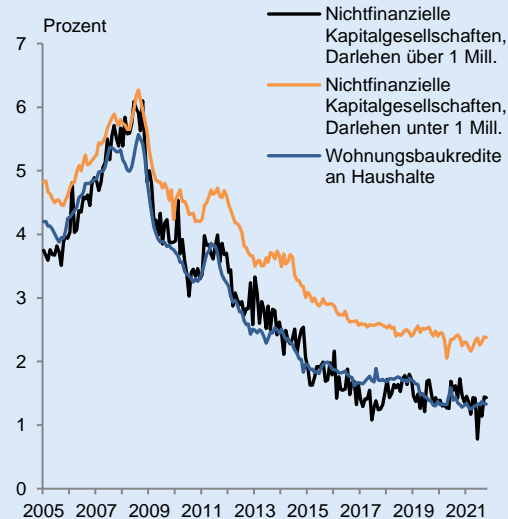
Abbildung 2.1:
Kapitalmarktzinsen



Monatsdaten, Renditen; mittlere Restlaufzeiten von über drei Jahren.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht; Berechnungen des IfW Kiel.

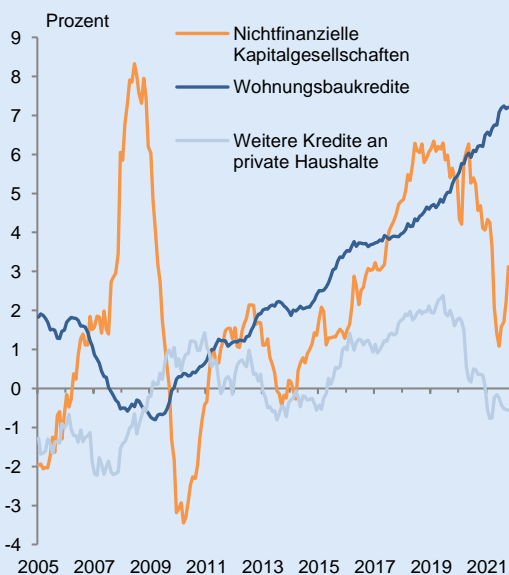
Abbildung 2.2:
Darlehenszinsen



Monatsdaten; bei Neugeschäften, Laufzeit 1-5 Jahre, ohne Überziehungen.

Quelle: Deutsche Bundesbank, MFI-Zinsstatistik.

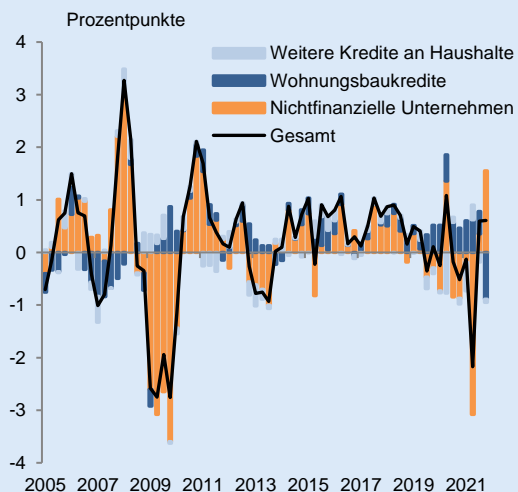
Abbildung 2.3:
Kreditexpansion



Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat; Monatsdaten.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen; Berechnungen des IfW Kiel.

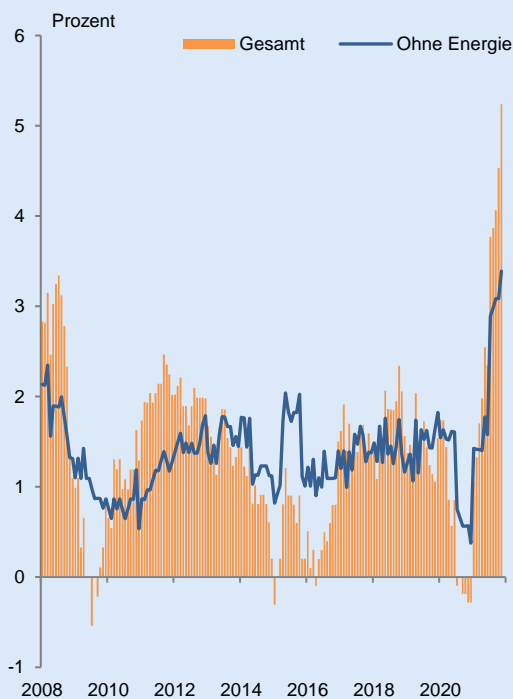
Abbildung 2.4:
Kreditimpuls



Quartalsdaten, aktuelles Quartal auf Basis des ersten Monats; Berechnung folgt Biggs et al. (2009). Der Kreditimpuls ist die Veränderung der Kreditexpansion relativ zur Expansion des Bruttoinlandsproduktes.

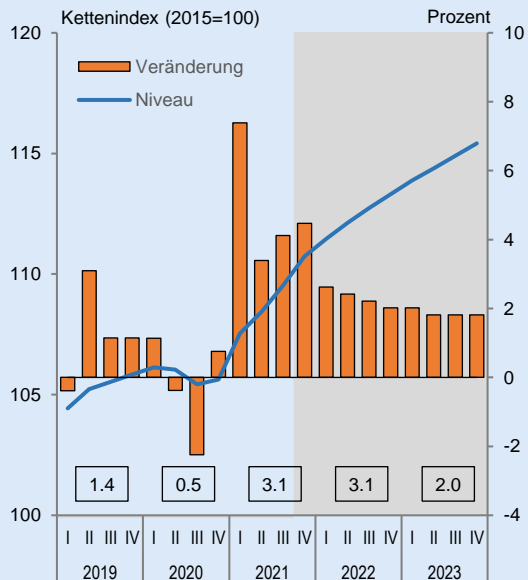
Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen; Berechnungen des IfW Kiel.

Abbildung 2.5:
Verbraucherpreise



Monatsdaten, Veränderung gegenüber Vorjahresmonat.
Quelle: Deutsche Bundesbank, Zeitreihen-Datenbanken; Berechnungen des IfW Kiel.

Abbildung 2.6:
Verbraucherpreise



Quartalsdaten: saisonbereinigt; Veränderung: Jahresrate gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 17, Reihe 7; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Tabelle 2.1:
Rahmendaten für die Konjunktur

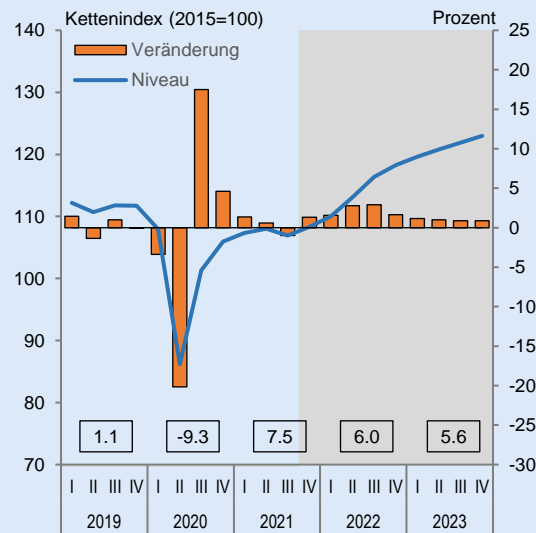
	2020				2021				2022				2023			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Leitzins der EZB	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
Langfristige Zinsen	-0.4	-0.5	-0.4	-0.6	-0.5	-0.2	-0.3	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1
US-Dollar/Euro	1.10	1.10	1.17	1.19	1.21	1.20	1.18	1.14	1.14	1.14	1.14	1.14	1.14	1.14	1.14	1.14
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit	88.9	90.5	91.0	90.9	91.6	91.7	91.2	90.6	90.4	90.3	90.2	90.1	90.0	89.9	89.9	89.9
Exportmärkte	-2.8	-9.1	9.8	0.6	0.4	2.0	1.6	0.6	0.6	1.1	1.0	0.8	0.7	0.7	0.6	0.6
Rohölpreis	50.5	29.4	43.0	44.3	60.8	68.1	71.2	77.2	71.0	73.0	75.0	74.0	73.0	72.0	72.0	72.0

Leitzins der EZB: Hauptrefinanzierungssatz; langfristige Zinsen: Rendite 9–10-jähriger Bundesanleihen; preisliche Wettbewerbsfähigkeit: gegenüber 60 Ländern auf Basis von Verbraucherpreisen, Index: 1991 I = 100, steigende Werte bedeuten eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit; Exportmärkte: Bruttoinlandsprodukt in 41 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorquartal. Rohölpreis: US-Dollar je Barrel North Sea Brent.

Quelle: EZB, Monatsbericht; Deutsche Bundesbank, Monatsbericht; IMF, International Financial Statistics; EIA; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

3. Außenwirtschaft

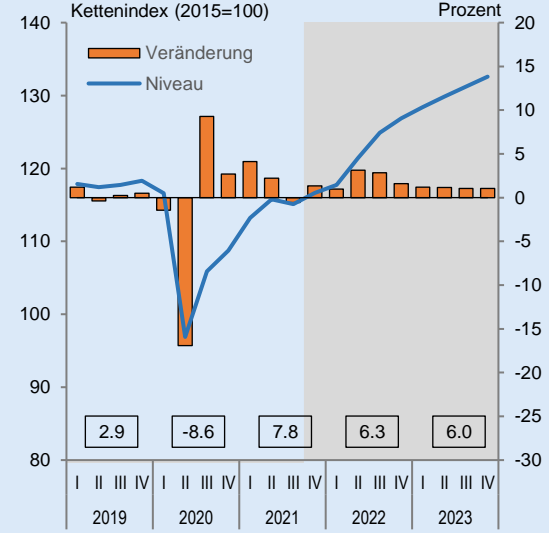
Abbildung 3.1:
Exporte



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

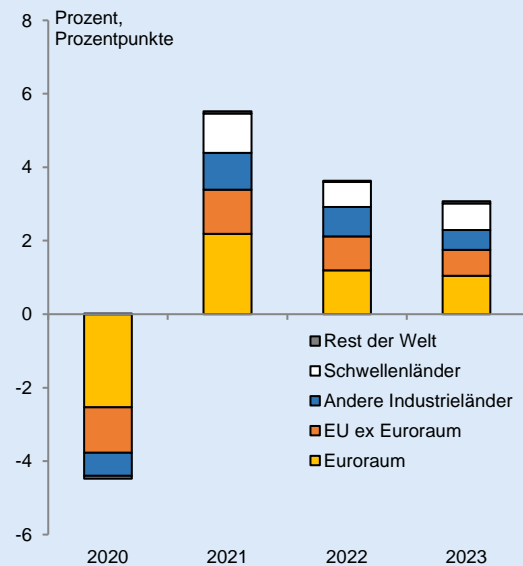
Abbildung 3.2:
Importe



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

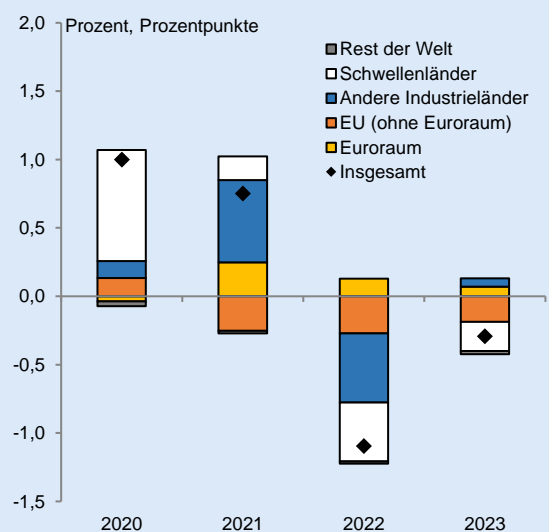
Abbildung 3.3:
Deutsche Exportmärkte



Jahresdaten, preisbereinigt. Bruttoinlandsprodukt in 59 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 7, Reihe 1; nationale Quellen; Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.

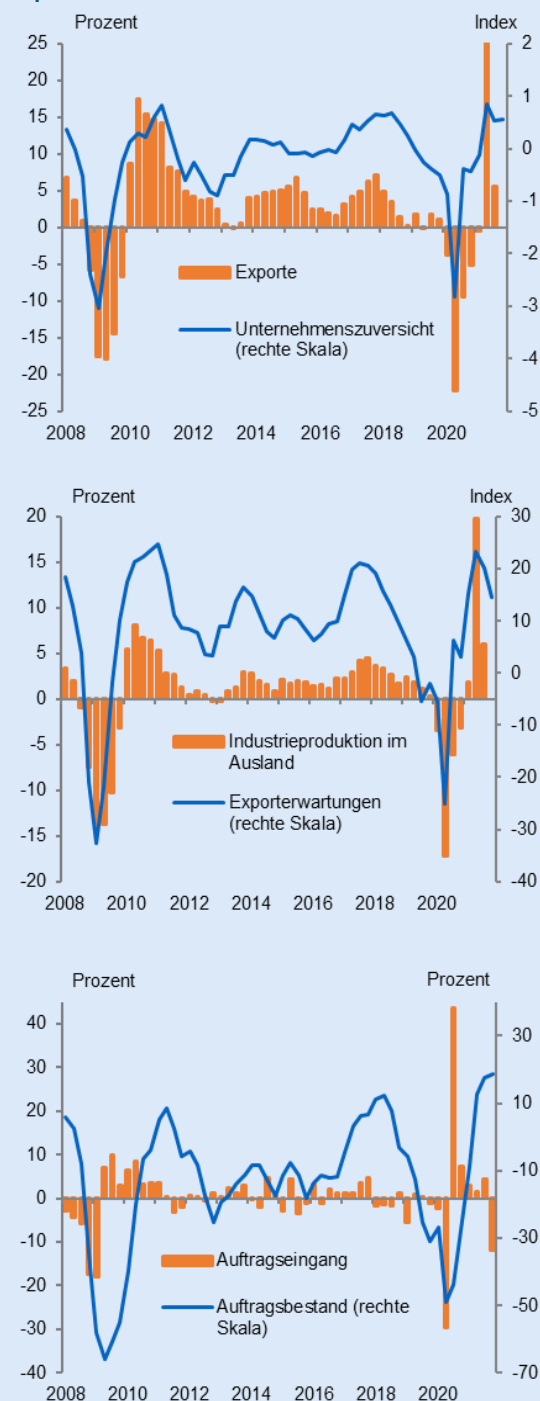
Abbildung 3.4:
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit



Jahresdaten, auf Basis der Verbraucherpreise gegenüber 55 Ländern; Gewichte gemäß dem Indikator der Deutschen Bundesbank für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber 61 Handelspartnerländern auf Basis der Verbraucherpreise; Veränderung gegenüber Vorjahr; Anstieg bedeutet Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht 8.2020; nationale Quellen; Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.

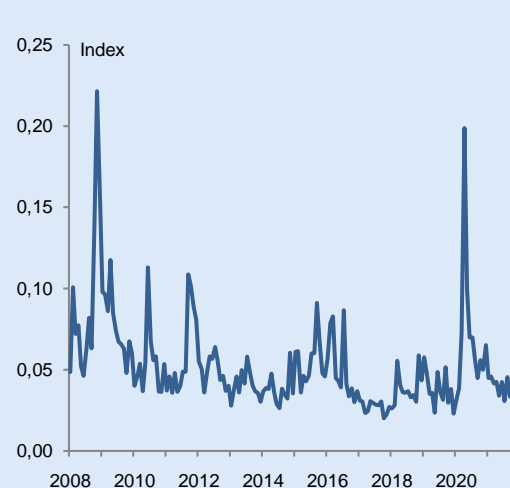
Abbildung 3.5:
Exportindikatoren



Quartalsdaten; Exporte, Industrieproduktion: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr; Auftragseingang: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal; Auftragsbestand: Nettoanteil der Unternehmen, der über günstige Auftragsbestände berichtet; Unternehmenszuversicht, Industrieproduktion: in 42 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export; Unternehmenszuversicht, Exportorerwartungen, Auftragsbestand (Auftragseingang): Wert für aktuelles Quartal entspricht dem Durchschnitt der ersten beiden Monatswerte (dem ersten Monatswert) des jeweiligen Quartals.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen; Thomson Reuters Datastream; ifo, Konjunkturperspektiven; Berechnungen des IfW Kiel.

Abbildung 3.6:
Unsicherheit in den deutschen Abnehmerländern

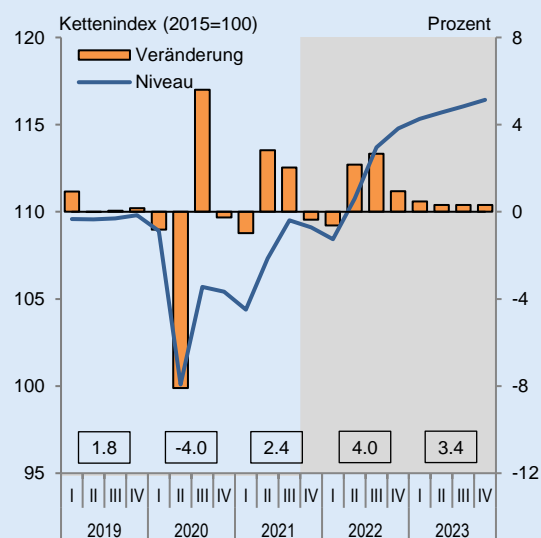


Monatsdaten; Aktienkursvolatilitäten basierend auf Tagesdaten für Aktienkurse in 46 Abnehmerländern gewichtet mit Anteilen an den deutschen Ausfuhren. Letzter Wert: 10.12.2021.

Quelle: Nationale Quellen; Berechnungen des IfW Kiel.

4. Inländische Verwendung

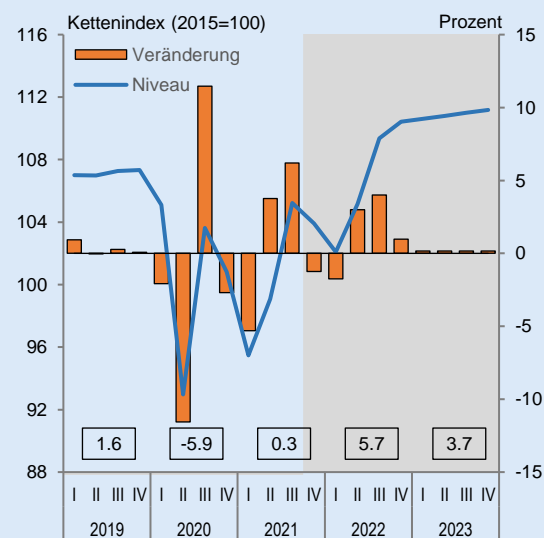
Abbildung 4.1:
Letzte Inländische Verwendung



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

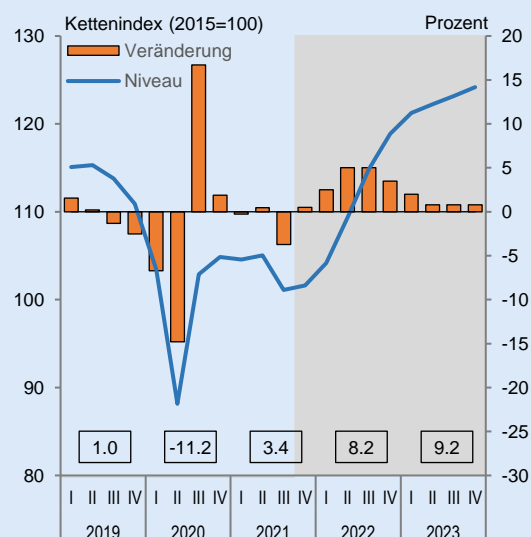
Abbildung 4.2:
Private Konsumausgaben



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

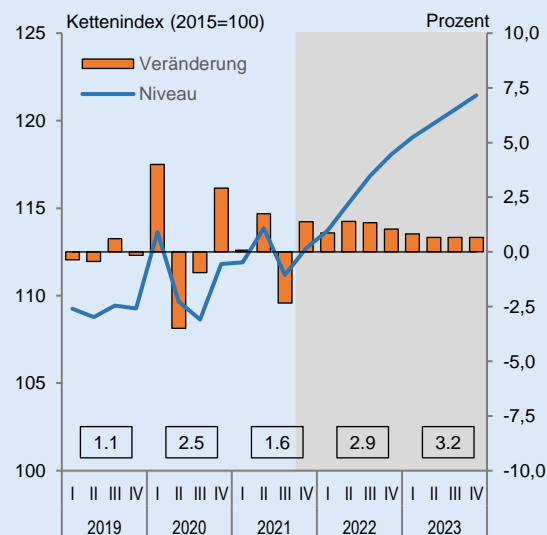
Abbildung 4.3:
Ausrüstungsinvestitionen



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

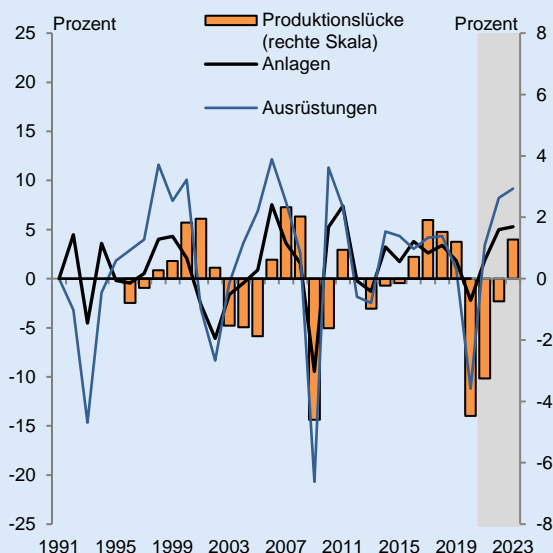
Abbildung 4.4:
Bauinvestitionen



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

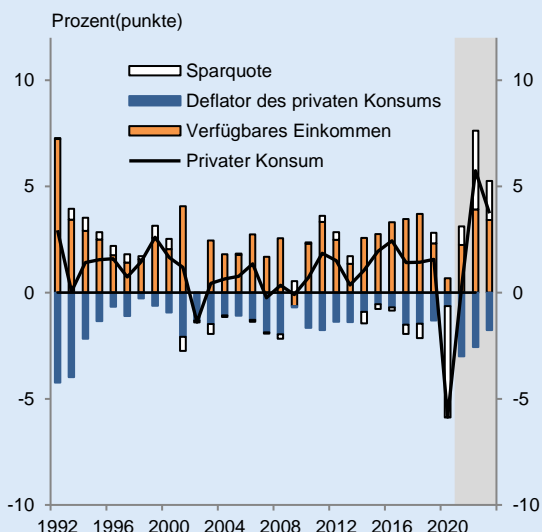
Abbildung 4.5:
Investitionszyklen



Jahresdaten; Anlagen, Ausrüstungen: preisbereinigt, Veränderung gegenüber Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

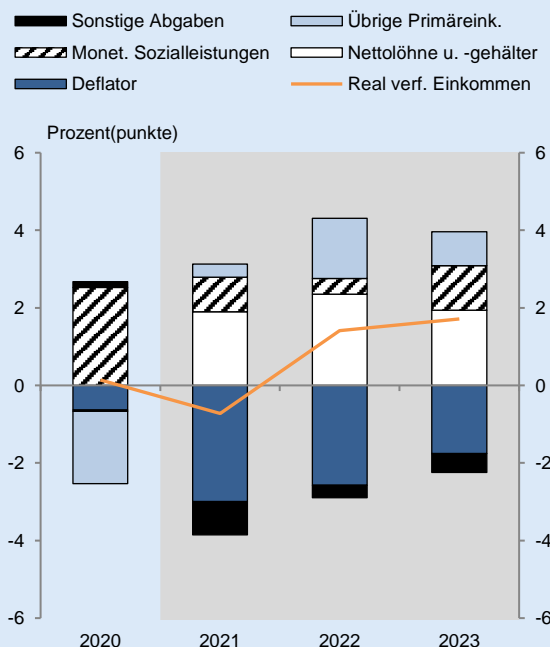
Abbildung 4.6:
Beiträge zur Veränderung des privaten Konsums



Jahresdaten; verfügbares Einkommen einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche, Privater Konsum: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Abbildung 4.7:
Beiträge zur Veränderung des real verfügbaren Einkommens



Jahresdaten, Expansionsbeiträge (real verfügbare Einkommen: Veränderung gegenüber dem Vorjahr); sonstige Abgaben: Abgaben auf soz. Leistungen, verbrauchsnahe Steuern und sonst. Transfers; Deflator: private Konsumausgaben.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Tabelle 4.1:
Anlageinvestitionen

	2020	2021	2022	2023
Anlageinvestitionen	-2,2	1,9	5,0	5,3
Unternehmensinvestitionen	-5,5	2,1	6,0	6,2
Ausrüstungen	-11,2	3,4	8,2	9,2
Wirtschaftsbau	-0,7	1,6	1,2	0,9
Sonstige Anlagen	1,0	0,3	6,0	5,2
Wohnungsbau	3,4	2,5	3,6	3,7
Öffentlicher Bau	4,9	-3,2	2,9	5,2
<i>Nachrichtlich:</i>				
Bauinvestitionen	2,5	1,6	2,9	3,2

Preisbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

5. Wirtschaftsbereiche

Tabelle:5.1
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen

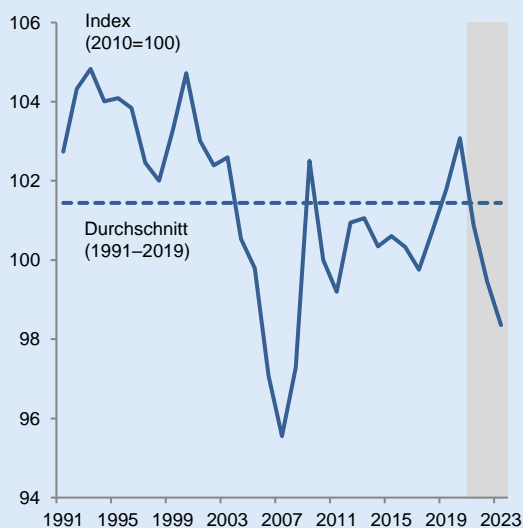
	2021				2022				2023			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
	Saison- und kalenderbereinigte Werte; Veränderung gegenüber Vor- quartal in Prozent											
Bruttoinlandsprodukt	-1,9	2,0	1,7	-0,3	-0,3	2,0	2,7	1,0	0,5	0,3	0,3	0,3
Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	-1,1	1,4	1,9	-0,3	-0,3	2,0	2,7	1,0	0,5	0,3	0,3	0,3
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	-1,2	-0,7	-2,2	0,9	1,6	3,3	3,9	2,7	1,2	0,4	0,4	0,4
Verarbeitendes Gewerbe	-1,0	-1,0	-2,2	1,0	1,8	3,5	4,0	3,0	1,3	0,4	0,4	0,4
Energieversorgung, Wasserversorgung u.Ä.	-2,6	1,0	-1,7	0,5	0,8	2,0	3,0	0,9	0,5	0,2	0,2	0,2
Baugewerbe	-4,8	2,3	-1,2	1,0	0,5	0,6	0,5	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	-2,5	2,3	5,3	-2,4	-2,9	3,2	4,5	0,8	0,5	0,4	0,4	0,4
Information und Kommunikation	-0,3	0,5	1,0	0,4	0,4	2,5	4,0	1,0	0,8	0,8	0,8	0,8
Finanz- und Versicherungsdienstleister	-0,5	0,8	2,4	0,0	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,1	0,0	0,5	0,1	0,1	0,4	0,4	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Unternehmensdienstleister	-0,4	2,2	3,4	0,2	0,4	2,0	3,5	0,7	0,5	0,5	0,5	0,5
Öffentliche Dienstleister	-0,3	4,1	3,1	0,0	0,0	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Sonstige Dienstleister	2,8	-0,1	13,5	-5,5	-8,0	6,5	9,0	0,5	0,3	0,3	0,3	0,3

Quartalsdaten, preisbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

6. Löhne

Abbildung 6.1:
Reale Lohnstückkosten



Jahresdaten; Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde (nominal) in Relation zur Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigenstunde (nominal).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Tabelle 6.1:
Löhne und Produktivität

	2020	2021	2022	2023
<i>Stundenkonzept</i>				
Tariflöhne	2,2	1,5	2,5	2,9
Effektivlöhne	3,4	1,1	2,9	3,4
Lohndrift	1,2	-0,3	0,4	0,5
Lohnkosten	4,0	0,9	2,5	3,3
Arbeitsproduktivität	0,4	0,6	2,3	2,5
Lohnstückkosten	3,4	0,5	0,2	0,8
Lohnstückkosten (real)	1,8	-2,2	-1,6	-0,9
<i>Personenkonzept</i>				
Tariflöhne	2,2	1,5	2,5	2,9
Effektivlöhne	-0,1	3,1	3,6	3,6
Lohndrift	-2,3	1,6	1,0	0,7
Lohnkosten	0,4	3,0	3,2	3,6
Arbeitsproduktivität	-3,8	2,6	3,1	2,8
Lohnstückkosten	4,3	0,3	0,1	0,8
Lohnstückkosten (real)	2,7	-2,4	-1,7	-0,9

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Effektivlöhne: Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Lohndrift: Differenz zwischen Tariflöhnen und Effektivlöhnen in Prozentpunkten; Lohnkosten: Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Arbeitsproduktivität: Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt) je Erwerbstätigenstunde bzw. je Erwerbstätigen; Lohnstückkosten: Lohnkosten in Relation zur Arbeitsproduktivität; Lohnstückkosten (real): Lohnstückkosten deflatiert mit dem Deflator des Bruttoinlandsprodukts.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Deutsche Bundesbank, *Tarifverdienststatistik*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

7. Beschäftigung

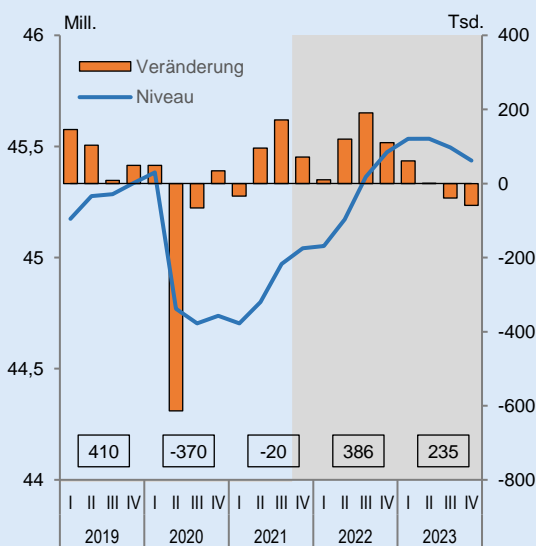
Tabelle 7.1:
Beschäftigung (1 000 Personen)

	2019	2020	2021	2022	2023
Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Inland, Mill. Std.)	62.539	59.454	60.638	61.633	62.132
Erwerbstätige (Inland)	45.268	44.898	44.878	45.264	45.499
Selbständige	4.151	4.038	3.930	3.939	3.972
Arbeitnehmer (Inland)	41.117	40.860	40.948	41.325	41.527
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	33.518	33.579	33.890	34.265	34.505
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4.579	4.290	4.108	4.132	4.094
Pendlersaldo	143	95	114	131	145
Erwerbstätige (Inländer)	45.126	44.803	44.764	45.133	45.355
Arbeitnehmer (Inländer)	40.974	40.765	40.834	41.194	41.382
Registrierte Arbeitslose	2.267	2.695	2.613	2.374	2.297
Arbeitslosenquote (Prozent)	5,0	5,9	5,7	5,2	5,0
Erwerbslosenquote (Prozent)	3,0	3,6	3,2	2,9	2,7

Selbständige: einschließlich mithelfender Familienangehöriger; Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Erwerbslosenquote: standardisiert nach dem ILO-Konzept

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; Bundesagentur für Arbeit, *Beschäftigungsstatistik*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

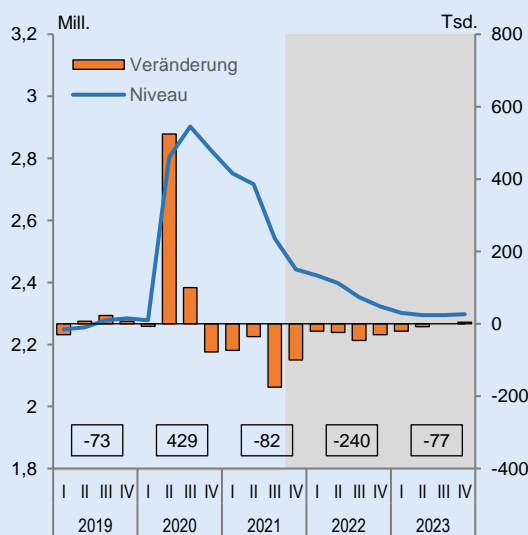
Abbildung 7.1:
Erwerbstätige



Quartalsdaten: saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tsd. (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

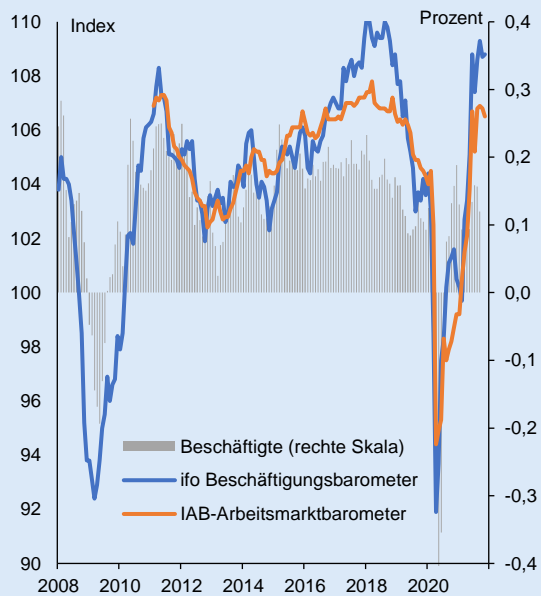
Abbildung 7.2:
Arbeitslose



Quartalsdaten: saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tsd. (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Abbildung 7.3:
Arbeitsmarktindikatoren



Monatsdaten; Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte: Veränderung zum Vormonat (Dreimonatsschnitt), saisonbereinigt. ifo Beschäftigungsbarometer: umbasiert auf 2015=105. IAB-Arbeitsmarktbarometer: 90=sehr schlechter Ausblick, 110=sehr guter Ausblick.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Saisonbereinigte Zeitreihen; ifo Institut; Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; Berechnungen des IfW Kiel.

8. Öffentliche Finanzen

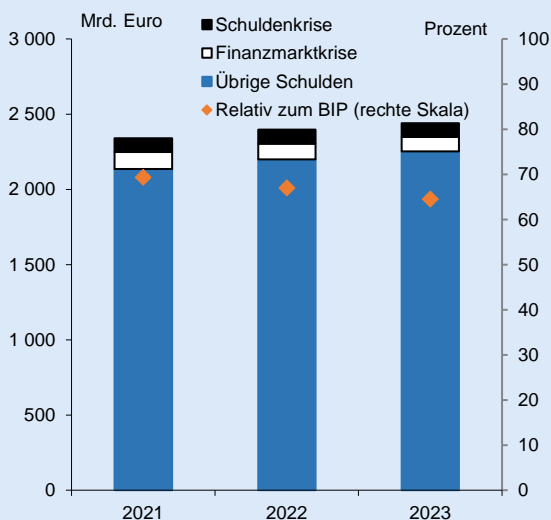
Tabelle 8.1:
Einnahmen und Ausgaben des Staates (Mrd. Euro)

	2019	2020	2021	2022	2023
Einnahmen	1.613,8	1.566,9	1.682,7	1.761,8	1.845,2
→ <i>relativ zum BIP</i>	46,5	46,5	47,4	47,0	46,8
Steuern	827,4	773,4	858,4	903,7	948,2
→ <i>relativ zum BIP</i>	23,8	23,0	24,2	24,1	24,1
Sozialbeiträge	598,2	607,9	629,1	653,6	685,8
→ <i>relativ zum BIP</i>	17,2	18,1	17,7	17,4	17,4
Sonstige Einnahmen	188,2	185,5	195,2	204,4	211,2
→ <i>relativ zum BIP</i>	5,4	5,5	5,5	5,5	5,4
Ausgaben	1.562,7	1.712,1	1.817,5	1.829,6	1.899,6
→ <i>relativ zum BIP</i>	45,0	50,8	51,2	48,8	48,2
Arbeitnehmerentgelt	272,7	284,1	291,8	301,9	309,2
Vorleistungen	184,2	209,8	233,9	230,7	232,5
Soziale Sachleistungen	299,9	310,1	329,2	342,9	356,2
Bruttoinvestitionen	83,7	90,9	89,1	95,5	104,1
Geleistete Vermögenseinkommen	27,3	21,0	20,8	20,0	19,2
Monetäre Sozialleistungen	546,6	595,1	611,8	619,4	642,9
Subventionen	30,9	71,3	97,4	59,7	65,3
Sonstige laufende Übertragungen	74,7	82,5	89,3	94,0	96,8
Vermögensübertragungen	43,5	48,0	54,9	66,2	74,2
Sonstige Ausgaben	-1,3	-1,2	-1,3	-1,3	-1,3
Finanzierungssaldo	51,1	-145,2	-134,8	-67,9	-54,3
→ <i>relativ zum BIP</i>	1,5	-4,3	-3,8	-1,8	-1,4
Einnahmen der Gebietskörperschaften	1047,0	1001,9	1092,6	1142,6	1194,8
Ohne Transfers von der Sozialversicherung	1.045,9	1.000,7	1.091,4	1.141,5	1.193,6
Transfers der Sozialversicherung	1,1	1,1	1,2	1,2	1,2
Ausgaben der Gebietskörperschaften	1.005,0	1.112,1	1.197,8	1.198,3	1.237,8
Ohne Transfers an die Sozialversicherung	882,3	970,7	1.040,6	1.043,9	1.087,4
Transfers an die Sozialversicherung	122,8	141,4	157,2	154,4	150,4
Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaften	42,0	-110,2	-105,2	-55,7	-43,0
Einnahmen der Sozialversicherung	690,7	717,8	754,2	774,9	802,0
Ohne Transfers von den Gebietskörperschaften	568,0	576,3	597,0	620,5	651,6
Ausgaben der Sozialversicherung	681,6	752,8	783,3	787,2	813,3
Ohne Transfers an die Gebietskörperschaften	680,5	751,6	782,2	786,0	812,2
Finanzierungssaldo der Sozialversicherung	9,1	-35,0	-29,1	-12,2	-11,3

Abweichungen der Summen rundungsbedingt. Relativ zum BIP in Prozent.

 Quelle: Statistisches Bundesamt, *interne Arbeitsunterlage*; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

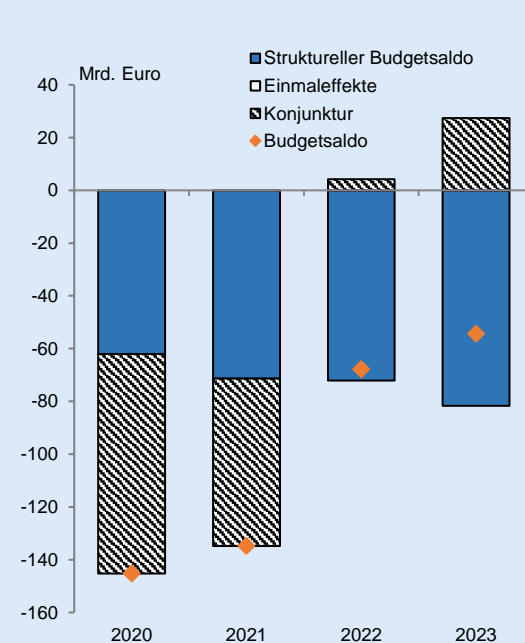
Abbildung 8.1:
Bruttoschuldenstand



Schuldenkrise: Verbindlichkeiten, die durch das erste Griechenlandpaket, die Einlagen im ESM und die über die EFSF abgewickelten Bürgschaften entstehen. Finanzmarktkrise: Verbindlichkeiten, die den Gebietskörperschaften durch die Bankenrettung entstehen: FMS-Wertmanagement und EAA.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht; BMF, Monatsbericht; Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.

Abbildung 8.2:
Struktureller Budgetsaldo



Quelle: Europäische Kommission, AMECO; Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.

9. Bruttoinlandsprodukt, Komponenten und Prognoseunsicherheit

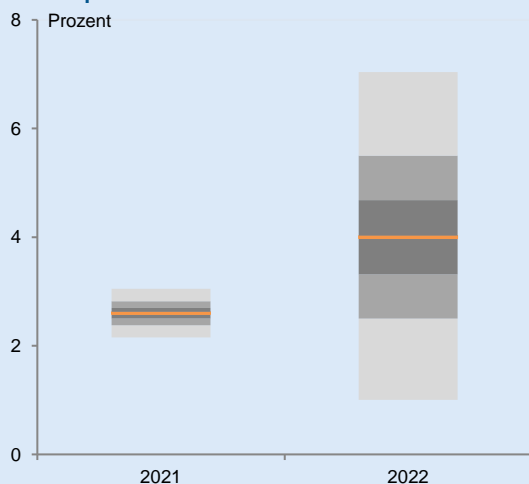
Tabelle 9.1:
Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2020–2022

	2021				2022				2023			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	-1,9	2,0	1,7	-0,3	-0,3	2,0	2,7	1,0	0,5	0,3	0,3	0,3
Private Konsumausgaben	-5,3	3,8	6,2	-1,2	-1,8	3,0	4,0	1,0	0,2	0,2	0,2	0,2
Konsumausgaben des Staates	-1,0	4,6	-2,2	0,1	-0,1	-0,1	-0,2	0,1	0,3	0,4	0,3	0,4
Ausrüstungsinvestitionen	-0,3	0,4	-3,7	0,5	2,5	5,0	5,0	3,5	2,0	0,8	0,8	0,8
Bauinvestitionen	0,1	1,8	-2,3	1,4	0,9	1,4	1,3	1,1	0,8	0,7	0,7	0,7
Sonstige Anlagen	-2,7	1,0	0,9	1,0	1,5	2,0	2,0	1,5	1,0	1,0	1,0	1,0
Vorratsveränderungen	2,0	-0,5	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	-1,0	2,8	2,0	-0,4	-0,6	2,2	2,7	0,9	0,5	0,3	0,3	0,3
Ausfuhr	1,3	0,6	-1,0	1,3	1,6	2,8	2,9	1,6	1,1	1,0	0,9	0,9
Einfuhr	4,1	2,2	-0,6	1,3	1,0	3,1	2,8	1,6	1,2	1,1	1,0	1,0
Außenbeitrag	-1,0	-0,6	-0,2	0,1	0,3	0,0	0,2	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Erwerbstätige, Inland	44.704	44.799	44.971	45.042	45.052	45.172	45.363	45.473	45.534	45.535	45.495	45.436
Arbeitslose	2.752	2.717	2.542	2.442	2.422	2.398	2.352	2.322	2.302	2.294	2.294	2.298

Preis-, kalender- und saisonbereinigt Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent; Vorratsveränderungen, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Erwerbstätige, Arbeitslose: 1 000 Personen; Arbeitslose: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

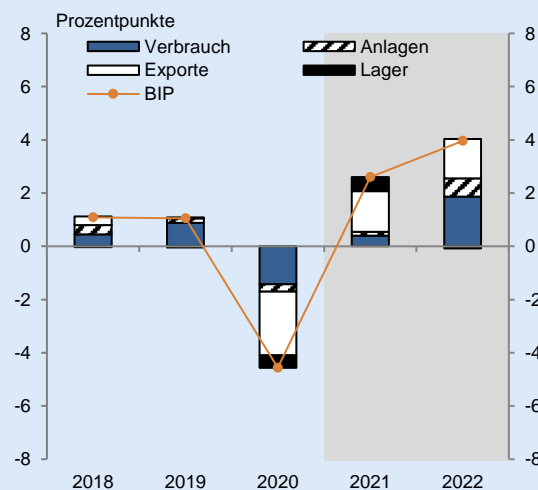
Abbildung 9.1:
Prognoseintervalle für die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts



Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt; prognostizierter Anstieg (orangene Linie) und Prognoseintervall (grau hinterlegte Flächen) bei Konfidenzniveaus von 33, 66 und 95 Prozent (basierend auf Prognosefehlern des Instituts für Weltwirtschaft jeweils im viertel Quartal der Jahre 1994–2020).

Quelle: Berechnungen des IfW Kiel.

Abbildung 9.2:
Importbereinigte Expansionsbeiträge



Jahresdaten, preisbereinigt. Berechnung in Anlehnung an Kooths und Stolzenburg (2018).

Quelle: OECD, *Input Output Database*; Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

10. Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2020–2023

	2020	2020	2021	2022	2023
	Mrd. Euro	Vorjahresveränderung in Prozent			
Aufkommen und Verwendung in Vorjahrespreisen					
Bruttoinlandsprodukt		-4,6	2,6	4,0	3,3
Private Konsumausgaben		-5,9	0,3	5,7	3,7
Konsumausgaben des Staates		3,5	3,0	-0,2	0,8
Anlageinvestitionen		-2,2	1,9	5,0	5,3
Ausrüstungsinvestitionen		-11,2	3,4	8,2	9,2
Bauinvestitionen		2,5	1,6	2,9	3,2
Sonstige Anlagen		1,0	0,3	6,0	5,2
Vorratsveränderung		-0,9	1,0	-0,2	0,0
Inländische Verwendung		-4,0	2,4	4,0	3,4
Ausfuhr		-9,3	7,5	6,0	5,6
Einfuhr		-8,6	7,8	6,3	6,0
Außenbeitrag		-0,8	0,3	0,2	0,0
Aufkommen und Verwendung in jeweiligen Preisen					
Bruttoinlandsprodukt	3.367,6	-3,0	5,5	5,9	5,1
Private Konsumausgaben	1.708,0	-5,3	3,3	8,5	5,6
Konsumausgaben des Staates	754,6	7,0	6,5	2,3	2,4
Anlageinvestitionen	735,9	-0,9	6,8	8,8	7,7
Ausrüstungsinvestitionen	216,9	-10,0	5,2	10,0	10,1
Bauinvestitionen	380,1	4,4	9,6	8,4	6,6
Sonstige Anlagen	138,9	1,4	1,5	7,9	7,3
Vorratsveränderung (Mrd. Euro)		-23,7	13,9	9,4	9,6
Inländische Verwendung	3.174,8	-3,1	6,1	6,9	5,4
Ausfuhr	1.462,1	-9,7	13,4	12,1	6,9
Einfuhr	1.269,3	-10,8	16,1	15,2	7,6
Außenbeitrag (Mrd. Euro)		192,8	183,6	160,2	158,9
Bruttonationaleinkommen	3.461,3	-3,5	5,6	5,8	5,1
Deflatoren					
Bruttoinlandsprodukt		1,6	2,8	1,8	1,7
Private Konsumausgaben		0,6	3,0	2,6	1,8
Konsumausgaben des Staates		3,3	3,4	2,4	1,6
Ausrüstungsinvestitionen		1,3	1,7	1,7	0,8
Bauinvestitionen		1,9	7,9	5,3	3,3
Sonstige Anlagen		0,3	1,2	1,8	2,0
Ausfuhr		-0,4	5,4	5,8	1,2
Einfuhr		-2,4	7,7	8,4	1,5
<i>Nachrichtlich: Verbraucherpreise</i>		0,5	3,1	3,1	2,0
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen	2.528,2	-3,1	5,5	4,3	5,1
Arbeitnehmerentgelt	1.852,1	-0,2	3,1	4,1	4,1
in Prozent des Volkseinkommens (Lohnquote)		73,3	71,6	71,5	70,8
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	676,1	-10,2	11,9	4,8	7,8
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	1.975,2	0,8	2,3	4,0	3,5
Sparquote (Prozent)		16,1	15,2	11,5	9,7
Bruttolöhne und -gehälter (Inländer)	1.514,1	-0,7	3,2	4,4	4,1
Effektivlohn, Stundenbasis		3,4	1,1	2,9	3,4
Lohnstückkosten, Stundenbasis		3,4	0,5	0,2	0,8
Produktivität, Stundenbasis		0,4	0,6	2,3	2,5
Arbeitslose (1 000)		2.695	2.613	2.374	2.297
Arbeitslosenquote (Prozent)		5,9	5,7	5,2	5,0
Erwerbstätige, Inlandskonzept (1 000)		44.898	44.878	45.264	45.499
Finanzierungssaldo des Staates					
in Mrd. Euro		-145,2	-134,8	-67,9	-54,3
in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (Prozent)		-4,3	-3,8	-1,8	-1,4
Öffentliche Schulden (Prozent)		69,1	69,3	66,7	64,3

Vorratsveränderung, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Arbeitslose, Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Öffentliche Schulden: in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

11. Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Vorausschätzung für die Jahre 2021 bis 2023

	2021	2022	2023	2021		2022	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

1. Entstehung des Bruttoinlandsproduktes

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Erwerbstätige	0,0	0,9	0,5	- 0,7	0,6	0,8	0,9
Arbeitsvolumen	2,0	1,6	0,8	0,9	3,1	3,2	0,2
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	2,1	0,8	0,3	1,6	2,4	2,3	- 0,7
Produktivität ¹	0,6	2,3	2,5	2,3	- 1,0	0,2	4,3
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	2,6	4,0	3,3	3,2	2,0	3,4	4,5

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 568,3	2 735,9	2 862,3	1 217,8	1 350,5	1 313,9	1 422,0
Private Haushalte ²	1 764,7	1 914,0	2 020,5	830,3	934,4	909,9	1 004,1
Staat	803,6	821,9	841,9	387,5	416,1	404,0	417,9
Anlageinvestitionen	785,7	854,7	920,7	373,4	412,3	403,3	451,4
Ausrüstungen	228,1	251,0	276,3	109,8	118,3	114,4	136,6
Bauten	416,6	451,6	481,2	196,8	219,9	217,7	233,9
Sonstige Anlageinvestitionen	141,0	152,1	163,2	66,8	74,1	71,2	80,9
Vorratsveränderung ¹	13,9	9,4	9,6	9,8	4,1	6,9	2,5
Inländische Verwendung	3 367,9	3 600,0	3 792,7	1 601,0	1 766,9	1 724,1	1 875,9
Außenbeitrag	183,6	160,2	158,9	109,3	74,2	92,5	67,7
Exporte	1 657,3	1 858,6	1 986,3	805,8	851,5	905,0	953,6
Importe	1 473,7	1 698,4	1 827,5	696,5	777,3	812,5	885,9
Bruttoinlandsprodukt	3 551,5	3 760,2	3 951,6	1 710,3	1 841,2	1 816,6	1 943,6

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	4,3	6,5	4,6	2,1	6,4	7,9	5,3
Private Haushalte ²	3,3	8,5	5,6	0,0	6,5	9,6	7,5
Staat	6,5	2,3	2,4	6,8	6,2	4,3	0,4
Anlageinvestitionen	6,8	8,8	7,7	6,3	7,2	8,0	9,5
Ausrüstungen	5,2	10,0	10,1	11,8	- 0,3	4,2	15,5
Bauten	9,6	8,4	6,6	5,1	14,0	10,6	6,4
Sonstige Anlageinvestitionen	1,5	7,9	7,3	1,4	1,6	6,6	9,1
Inländische Verwendung	6,1	6,9	5,4	3,2	8,8	7,7	6,2
Exporte	13,4	12,1	6,9	14,2	12,5	12,3	12,0
Importe	16,1	15,2	7,6	11,8	20,2	16,7	14,0
Bruttoinlandsprodukt	5,5	5,9	5,1	4,7	6,2	6,2	5,6

3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2010)

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 320,7	2 411,0	2 479,7	1 116,4	1 204,3	1 166,5	1 244,5
Private Haushalte ²	1 620,2	1 713,2	1 777,2	768,8	851,4	819,9	893,3
Staat	698,7	697,6	703,0	346,2	352,5	346,0	351,5
Anlageinvestitionen	676,8	710,7	748,3	328,3	348,5	336,2	374,4
Ausrüstungen	214,9	232,6	254,0	103,8	111,1	106,0	126,6
Bauten	329,6	339,2	349,9	161,3	168,3	164,1	175,1
Sonstige Anlageinvestitionen	130,7	138,6	145,8	62,2	68,5	65,3	73,3
Inländische Verwendung	3 012,5	3 132,1	3 239,6	1 458,4	1 554,1	1 511,8	1 620,3
Exporte	1 538,9	1 631,6	1 722,4	768,7	770,2	796,8	834,8
Importe	1 377,9	1 464,8	1 553,1	674,5	703,4	704,4	760,5
Bruttoinlandsprodukt	3 177,3	3 303,0	3 412,7	1 553,6	1 623,7	1 605,8	1 697,3

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	1,1	3,9	2,8	0,0	2,2	4,5	3,3
Private Haushalte ²	0,3	5,7	3,7	- 1,8	2,3	6,6	4,9
Staat	3,0	- 0,2	0,8	4,2	1,8	- 0,1	- 0,3
Anlageinvestitionen	1,9	5,0	5,3	3,7	0,2	2,4	7,4
Ausrüstungen	3,4	8,2	9,2	10,2	- 2,3	2,1	14,0
Bauten	1,6	2,9	3,2	1,6	1,6	1,7	4,0
Sonstige Anlageinvestitionen	0,3	6,0	5,2	0,2	0,4	4,9	7,0
Inländische Verwendung	2,4	4,0	3,4	1,2	3,6	3,7	4,3
Exporte	7,5	6,0	5,6	11,4	3,9	3,7	8,4
Importe	7,8	6,3	6,0	7,6	8,0	4,4	8,1
Bruttoinlandsprodukt	2,6	4,0	3,3	3,2	2,0	3,4	4,5

noch: Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Vorausschätzung für die Jahre 2021 bis 2023

	2021	2022	2023	2021		2022	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben ²	3,0	2,6	1,8	1,8	4,1	2,8	2,4
Konsumausgaben des Staates	3,4	2,4	1,6	2,5	4,3	4,3	0,7
Anlageinvestitionen	4,8	3,6	2,3	2,5	7,1	5,5	1,9
Ausrüstungen	1,7	1,7	0,8	1,5	2,0	2,1	1,3
Bauten	7,9	5,3	3,3	3,5	12,2	8,8	2,3
Exporte	5,4	5,8	1,2	2,5	8,3	8,4	3,3
Importe	7,7	8,4	1,5	4,0	11,3	11,7	5,4
Bruttoinlandsprodukt	2,8	1,8	1,7	1,4	4,1	2,8	1,0

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd.EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 444,1	2 553,8	2 653,0	1 187,1	1 256,9	1 247,2	1 306,6
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	347,1	356,3	370,8	169,2	177,8	172,6	183,7
Bruttolöhne und -gehälter	1 563,0	1 632,1	1 698,5	739,0	823,9	773,4	858,7
Übrige Primäreinkommen ⁴	534,0	565,4	583,8	278,8	255,2	301,2	264,2
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	517,4	587,2	646,3	226,0	291,4	252,4	334,8
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 961,5	3 141,0	3 299,3	1 413,1	1 548,4	1 499,7	1 641,4
Abschreibungen	692,2	723,6	760,5	339,5	352,8	358,5	365,1
Bruttonationaleinkommen	3 653,7	3 864,6	4 059,8	1 752,6	1 901,1	1 858,1	2 006,5
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2 666,5	2 781,1	2 923,8	1 282,6	1 383,9	1 329,6	1 451,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	756,4	792,7	854,6	374,3	382,1	383,6	409,2
Arbeitnehmerentgelt	1 910,1	1 988,4	2 069,3	908,3	1 001,8	946,0	1 042,4

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2,7	4,5	3,9	0,7	4,7	5,1	3,9
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,7	2,6	4,1	2,9	2,4	2,0	3,3
Bruttolöhne und -gehälter	3,2	4,4	4,1	2,4	4,0	4,7	4,2
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	3,1	3,6	3,6	2,9	3,3	3,9	3,3
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,3	5,9	3,3	- 4,7	8,8	8,0	3,5
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	22,2	13,5	10,1	36,3	13,1	11,7	14,9
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	5,7	6,1	5,0	5,1	6,2	6,1	6,0
Abschreibungen	5,1	4,5	5,1	3,1	7,2	5,6	3,5
Bruttonationaleinkommen	5,6	5,8	5,1	4,7	6,4	6,0	5,5
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	5,5	4,3	5,1	6,4	4,6	3,7	4,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	11,9	4,8	7,8	17,2	7,1	2,5	7,1
Arbeitnehmerentgelt	3,1	4,1	4,1	2,5	3,7	4,2	4,1

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte ²

a) Mrd.EUR

Masseneinkommen	1 593,8	1 645,8	1 705,6	767,3	826,5	786,7	859,1
Nettolöhne und -gehälter	1 058,8	1 106,4	1 147,2	495,9	562,9	519,5	586,8
Monetäre Sozialleistungen	676,6	684,7	708,7	342,8	333,9	339,3	345,4
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	141,7	145,3	150,4	71,4	70,3	72,1	73,1
Übrige Primäreinkommen ⁴	534,0	565,4	583,8	278,8	255,2	301,2	264,2
Sonstige Transfers (Saldo) ³	- 107,7	- 110,6	- 115,7	- 48,5	- 59,2	- 49,9	- 60,7
Verfügbares Einkommen	2 020,1	2 100,6	2 173,6	997,6	1 022,5	1 038,0	1 062,6
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	60,8	61,7	62,6	29,5	31,3	30,0	31,8
Konsumausgaben	1 764,7	1 914,0	2 020,5	830,3	934,4	909,9	1 004,1
Sparen	316,2	248,3	215,8	196,9	119,4	158,1	90,2
Sparquote (%) ⁴	15,2	11,5	9,7	19,2	11,3	14,8	8,2

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	3,5	3,3	3,6	4,2	2,9	2,5	3,9
Nettolöhne und -gehälter	3,7	4,5	3,7	3,1	4,2	4,8	4,2
Monetäre Sozialleistungen	2,7	1,2	3,5	5,6	- 0,2	- 1,0	3,4
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	1,0	2,5	3,5	3,3	- 1,3	1,1	4,0
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,3	5,9	3,3	- 4,7	8,8	8,0	3,5
Verfügbares Einkommen	2,3	4,0	3,5	1,5	3,0	4,0	3,9
Konsumausgaben	3,3	8,5	5,6	0,0	6,5	9,6	7,5
Sparen	- 3,3	- 21,5	- 13,1	8,4	- 18,0	- 19,7	- 24,4

noch: Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Vorausschätzung für die Jahre 2021 bis 2023

	2021	2022	2023	2021		2022	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates *							
a) Mrd.EUR							
Einnahmen							
Steuern	858,4	903,7	948,2	412,5	446,0	438,8	464,9
Sozialbeiträge	629,1	653,6	685,8	306,0	323,1	316,2	337,5
Vermögenseinkommen	14,7	14,3	13,8	8,1	6,6	7,9	6,4
Sonstige Transfers	31,7	33,2	34,6	15,9	15,8	16,7	16,5
Vermögenstransfers	16,8	17,9	19,1	7,6	9,2	8,1	9,8
Verkäufe	131,9	138,8	143,5	61,0	70,9	64,9	73,9
Sonstige Subventionen	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 682,7	1 761,8	1 845,2	811,1	871,6	852,6	909,1
Ausgaben							
Vorleistungen ¹	563,7	574,2	589,2	268,2	295,5	278,6	295,6
Arbeitnehmerentgelt	291,8	301,9	309,2	141,1	150,7	147,8	154,2
Vermögenseinkommen (Zinsen)	20,8	20,0	19,2	11,6	9,2	11,2	8,8
Subventionen	97,4	59,7	65,3	53,9	43,4	31,6	28,1
Monetäre Sozialleistungen	611,8	619,4	642,9	310,5	301,4	306,8	312,6
Sonstige laufende Transfers	89,3	94,0	96,8	43,2	46,1	45,5	48,5
Vermögenstransfers	54,9	66,2	74,2	20,2	34,7	26,1	40,1
Bruttoinvestitionen	89,1	95,5	104,1	39,1	49,9	40,4	55,1
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 1,3	- 1,3	- 1,3	- 0,7	- 0,6	- 0,7	- 0,6
Insgesamt	1 817,5	1 829,6	1 899,6	887,2	930,3	887,3	942,4
Finanzierungssaldo	- 134,8	- 67,9	- 54,3	- 76,1	- 58,7	- 34,7	- 33,2

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	11,0	5,3	4,9	5,6	16,4	6,4	4,3
Sozialbeiträge	3,5	3,9	4,9	3,6	3,4	3,3	4,4
Vermögenseinkommen	- 25,5	- 2,8	- 3,5	- 32,5	- 14,9	- 3,0	- 2,6
Sonstige Transfers	30,8	4,7	4,3	41,4	21,5	4,6	4,9
Vermögenstransfers	8,0	6,8	6,6	6,7	9,0	7,4	6,4
Verkäufe	4,8	5,3	3,4	4,9	4,7	6,4	4,3
Sonstige Subventionen	6,2	0,0	0,0	17,6	- 1,3	0,0	0,0
Insgesamt	7,4	4,7	4,7	4,7	10,0	5,1	4,3
Ausgaben							
Vorleistungen ¹	8,3	1,9	2,6	8,7	7,9	3,9	0,0
Arbeitnehmerentgelt	2,7	3,5	2,4	3,5	2,0	4,7	2,3
Vermögenseinkommen (Zinsen)	- 0,5	- 3,8	- 4,0	0,4	- 1,6	- 3,4	- 4,3
Subventionen	36,7	- 38,7	9,4	44,4	28,2	- 41,4	- 35,4
Monetäre Sozialleistungen	2,8	1,2	3,8	6,1	- 0,4	- 1,2	3,7
Sonstige laufende Transfers	8,2	5,2	3,0	8,3	8,2	5,3	5,2
Vermögenstransfers	14,5	20,6	12,0	13,1	15,3	29,5	15,5
Bruttoinvestitionen	- 2,1	7,2	9,0	- 3,1	- 1,2	3,2	10,4
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	12,0	0,0	0,0	39,6	- 7,6	0,0	0,0
Insgesamt	6,2	0,7	3,8	7,9	4,5	0,0	1,3

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

⁴ Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.

⁶ Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).

⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18*; Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.

12. Hauptaggregate der Sektoren (Mrd. EUR)

Hauptaggregate der Sektoren Mrd. EUR		2021				
Gegenstand der Nachweisung		Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S 12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 =	Bruttowertschöpfung	3 207,2	2 174,1	372,4	660,7	-
2 -	Abschreibungen	692,2	402,1	86,9	203,2	-
3 =	Nettowertschöpfung 1)	2 515,0	1 772,1	285,5	457,5	- 183,6
4 -	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 906,3	1 374,0	291,8	240,5	16,1
5 -	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	35,4	22,3	0,5	12,6	-
6 +	Empfangene sonstige Subventionen	81,9	58,4	0,1	23,3	-
7 =	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	655,2	434,3	- 6,7	227,7	- 199,6
8 +	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 910,1	-	-	1 910,1	12,3
9 -	Geleistete Subventionen	97,4	-	97,4	-	4,7
10 +	Empfangene Produktions- und Importabgaben	392,4	-	392,4	-	7,4
11 -	Geleistete Vermögenseinkommen	576,7	538,0	20,8	17,8	186,3
12 +	Empfangene Vermögenseinkommen	677,9	339,1	14,7	324,1	85,1
13 =	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 961,5	235,3	282,2	2 444,1	- 285,8
14 -	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	454,9	98,3	-	356,6	11,7
15 +	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	466,0	-	466,0	-	0,6
16 -	Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	770,7	-	-	770,7	4,1
17 +	Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	771,7	141,7	629,1	0,9	3,1
18 -	Geleistete monetäre Sozialleistungen	684,7	72,1	611,8	0,9	0,6
19 +	Empfangene monetäre Sozialleistungen	676,6	-	-	676,6	8,7
20 -	Geleistete sonstige laufende Transfers	380,9	202,7	89,3	88,9	61,8
21 +	Empfangene sonstige laufende Transfers	329,3	182,1	31,7	115,6	113,4
22 =	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 913,9	186,1	707,8	2 020,1	- 238,3
23 -	Konsumausgaben	2 568,3	-	803,6	1 764,7	-
24 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 60,8	-	60,8	-
25 =	Sparen	345,6	125,2	- 95,9	316,2	- 238,3
26 -	Geleistete Vermögenstransfers	91,7	21,5	54,9	15,4	4,1
27 +	Empfangene Vermögenstransfers	79,2	35,3	16,8	27,2	16,7
28 -	Bruttoinvestitionen	799,6	465,0	89,1	245,5	-
29 +	Abschreibungen	692,2	402,1	86,9	203,2	-
30 -	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 1,5	- 1,1	- 1,3	0,9	1,5
31 =	Finanzierungssaldo	227,3	77,2	- 134,8	284,9	- 227,3
Nachrichtlich:						
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 913,9	186,1	707,8	2 020,1	- 238,3
35 -	Geleistete soziale Sachtransfers	501,7	-	501,7	-	-
36 +	Empfangene soziale Sachtransfers	501,7	-	-	501,7	-
37 =	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 913,9	186,1	206,1	2 521,8	- 238,3
38 -	Konsum 2)	2 568,3	-	301,9	2 266,4	-
39 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 60,8	-	60,8	-
40 =	Sparen	345,6	125,2	- 95,9	316,2	- 238,3

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. - 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. - 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Hauptaggregate der Sektoren*.

Hauptaggregate der Sektoren						
Mrd. EUR						
Gegenstand der Nachweisung	2022					
	Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt	
	S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2	
1 = Bruttowertschöpfung	3 388,6	2 306,1	387,1	695,4	-	
2 - Abschreibungen	723,6	419,6	91,1	212,9	-	
3 = Nettowertschöpfung 1)	2 665,0	1 886,5	296,0	482,5	- 160,2	
4 - Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 984,6	1 432,3	301,9	250,5	16,7	
5 - Geleistete sonstige Produktionsabgaben	38,4	24,4	0,5	13,5	-	
6 + Empfangene sonstige Subventionen	47,0	34,2	0,1	12,7	-	
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	688,9	464,1	- 6,3	231,2	- 176,9	
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 988,4	-	-	1 988,4	13,0	
9 - Geleistete Subventionen	59,7	-	59,7	-	4,7	
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	419,6	-	419,6	-	7,9	
11 - Geleistete Vermögenseinkommen	615,8	578,4	20,0	17,4	204,9	
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	719,6	353,7	14,3	351,6	101,1	
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 141,0	239,4	347,9	2 553,8	- 264,6	
14 - Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	472,3	102,4	-	369,9	12,4	
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	484,1	-	484,1	-	0,6	
16 - Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	797,2	-	-	797,2	4,3	
17 + Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	798,1	143,6	653,6	0,9	3,3	
18 - Geleistete monetäre Sozialleistungen	693,7	73,4	619,4	0,9	0,6	
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	684,7	-	-	684,7	9,6	
20 - Geleistete sonstige laufende Transfers	393,8	206,8	94,0	93,0	64,4	
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	342,3	186,8	33,2	122,2	116,0	
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 093,3	187,3	805,4	2 100,6	- 216,9	
23 - Konsumausgaben	2 735,9	-	821,9	1 914,0	-	
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 61,7	-	61,7	-	
25 = Sparen	357,4	125,6	- 16,5	248,3	- 216,9	
26 - Geleistete Vermögenstransfers	105,6	23,6	66,2	15,8	4,3	
27 + Empfangene Vermögenstransfers	92,8	41,0	17,9	33,9	17,1	
28 - Bruttoinvestitionen	864,1	501,0	95,5	267,6	-	
29 + Abschreibungen	723,6	419,6	91,1	212,9	-	
30 - Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 1,5	- 1,1	- 1,3	0,9	1,5	
31 = Finanzierungssaldo	205,6	62,6	- 67,9	210,9	- 205,6	
Nachrichtlich:						
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 093,3	187,3	805,4	2 100,6	- 216,9	
35 - Geleistete soziale Sachtransfers	522,7	-	522,7	-	-	
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	522,7	-	-	522,7	-	
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 093,3	187,3	282,8	2 623,3	- 216,9	
38 - Konsum 3)	2 735,9	-	299,3	2 436,6	-	
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 61,7	-	61,7	-	
40 = Sparen	357,4	125,6	- 16,5	248,3	- 216,9	

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. - 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. - 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hauptaggregate der Sektoren.

Hauptaggregate der Sektoren						
Mrd. EUR						
Gegenstand der Nachweisung	2023					
	Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt	
	S 1	S 11/S 12	S 13	S 14/S 15	S 2	
1 = Bruttowertschöpfung	3 568,9	2 451,3	396,7	720,8	-	
2 - Abschreibungen	760,5	442,6	93,7	224,2	-	
3 = Nettowertschöpfung 1)	2 808,4	2 008,7	303,0	496,6	- 158,9	
4 - Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 065,5	1 495,6	309,2	260,7	17,4	
5 - Geleistete sonstige Produktionsabgaben	40,9	25,9	0,5	14,4	-	
6 + Empfangene sonstige Subventionen	44,6	32,5	0,1	12,0	-	
7 = Betriebsüberschuss/Selbständigeneinkommen	746,7	519,7	- 6,6	233,6	- 176,3	
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 069,3	-	-	2 069,3	13,6	
9 - Geleistete Subventionen	65,3	-	65,3	-	4,7	
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	440,8	-	440,8	-	8,1	
11 - Geleistete Vermögenseinkommen	658,3	621,8	19,2	17,2	215,1	
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	766,2	384,9	13,8	367,5	107,2	
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 299,3	282,8	363,4	2 653,0	- 267,1	
14 - Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	495,1	107,4	-	387,7	13,0	
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	507,4	-	507,4	-	0,6	
16 - Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	831,2	-	-	831,2	4,4	
17 + Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	832,3	145,6	685,8	0,9	3,2	
18 - Geleistete monetäre Sozialleistungen	718,2	74,4	642,9	0,9	0,6	
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	708,7	-	-	708,7	10,0	
20 - Geleistete sonstige laufende Transfers	404,2	210,9	96,8	96,5	66,9	
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	352,1	190,4	34,6	127,1	118,9	
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 251,4	226,1	851,6	2 173,6	- 219,2	
23 - Konsumausgaben	2 862,3	-	841,9	2 020,5	-	
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 62,6	-	62,6	-	
25 = Sparen	389,0	163,5	9,8	215,8	- 219,2	
26 - Geleistete Vermögenstransfers	116,4	26,0	74,2	16,3	4,4	
27 + Empfangene Vermögenstransfers	103,3	46,9	19,1	37,3	17,5	
28 - Bruttoinvestitionen	930,4	541,4	104,1	285,0	-	
29 + Abschreibungen	760,5	442,6	93,7	224,2	-	
30 - Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 1,5	- 1,1	- 1,3	0,9	1,5	
31 = Finanzierungssaldo	207,5	86,7	- 54,3	175,2	- 207,5	
Nachrichtlich:						
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 251,4	226,1	851,6	2 173,6	- 219,2	
35 - Geleistete soziale Sachtransfers	542,8	-	542,8	-	-	
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	542,8	-	-	542,8	-	
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 251,4	226,1	308,8	2 716,4	- 219,2	
38 - Konsum 2)	2 862,3	-	299,0	2 563,3	-	
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 62,6	-	62,6	-	
40 = Sparen	389,0	163,5	9,8	215,8	- 219,2	

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. - 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. - 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hauptaggregate der Sektoren.

Literatur

- Beckmann, J. und N. Jannsen (2021). Bedeutung von Lieferengpässen für die laufende Produktion in Deutschland. IfW-Box 2021.09. https://www.ifw-kiel.de/fileadmin/Dateiverwaltung/IfW-Publications/-ifw/IfW_Box/2021/Box_2021-9_Deutschland_Sommer.pdf.
- Beckmann, J., K.-J. Gern und N. Jannsen (2021). Lieferengpässe bleiben Belastungsfaktor. Wirtschaftsdienst 101(11): 915-916. <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2021/heft/11/beitrag/lieferengpaesse-bleiben-belastungsfaktor.html>.
- Beraja, M., und C.K. Wolf (2021). Demand Composition and the Strength of Recoveries. Via Internet (15. September 2021) <https://economics.mit.edu/files/20297>.
- Casalis, A., und G. Krustev (2020). Cyclical drivers of euro area consumption - what can we learn from durable goods. ECB Working Paper 2386.
- Crozet, M., und J. Hinz (2020). Friendly fire: The trade impact of the Russia sanctions and counter-sanctions. Economic Policy 35(101): 97-146.
- Deutsche Bundesbank (2021). Perspektiven der deutschen Wirtschaft für die Jahre 2021 bis 2023. Monatsbericht, Juni.
- Gern, K.-J., J. Reents, S. Kooths und U. Stolzenburg (2021). Weltwirtschaft im Winter 2021: gebremste Expansion. Kieler Konjunkturberichte, Nr. 85 (2021|Q4), Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Groll, D. (2020). Zum Beitrag der Kurzarbeit zur Arbeitszeit- und Lohndynamik im Zuge der Corona-Krise. IfW-Box 2020.20.
- Knabe, A., R. Schöb und M. Thum (2020). Alles im grünen Bereich? Zur Diskussion gestellt: Bilanz nach fünf Jahren – Was hat der gesetzliche Mindestlohn gebracht? ifo Schnelldienst 73 (4/2020): 3-6.
- Schmidt, P., N. Heil, D. Schmidt und J. Kaiser (2017). Die Abgrenzung des Staatskontos in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen - Zuordnungskriterien für öffentliche Einheiten. Wirtschaft und Statistik 1/2017, 35-48.